

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Herausgeber und Chefredakteur:**  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Fernsprecher: Hans Döschel 4196/4198



**Redaktion für Verlag und Schriftleitung:**  
Berlin SW 61, Belfer-Platz 8  
Druckerschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Goldbergerlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abzahlung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 21. April 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Kehrt aus!

Angetreten zum dritten Schlag.

SPD. Die Stunde ist da! Nun fällt die Entscheidung um Preussen und Deutschland; denn wer Preussen hat, hat das Reich! Jetzt gilt es den Feind zu schlagen, der zum Sturmangriff auf Preussen antritt!

Sie wollen uns Preussen entreissen, sie wollen die Reaktion in den Sattel heben, sie wollen uns zurückwerfen in die Zeiten des Dreiklassenwahlrechts und des Herrenhauses! Willkür soll wieder herrschen, wo unter unserer Führung der Wille des Volkes Gesetz war, das Recht der Arbeiterschaft soll mit Füßen getreten werden.

Herrenhaus und Dreiklassenwahlrecht, Junker und Schlotbarone - so soll Preussen wieder aussehen!

Heute noch verstecken sie sich hinter Hitler, morgen, wenn die Reaktion siegen würde, würden sie wieder dreist auftreten wie zu Zeiten Wilhelms! Pleite sind sie alle - politisch und wirtschaftlich bankrott, und mit ihrer Wirtschaftsmacht wankt das kapitalistische System! Der Obrigkeitsstaat mit Hitler nach Wilhelms Muster soll sie vor den Konsequenzen schützen!

Niemals dürfen Junker und Schlotbarone wieder die Volksrechte in Deutschland mit Füßen treten!

Niemals darf es Hitler gelingen, auf den Schultern verhetzter kleinbürgerlicher Volksschichten in Preussen eine nationalsozialistische Regierung zu errichten, die die Geschäfte der Reaktion besorgt!

Hitler ist die Reaktion, Hitler steht im Solde der Scharfmacher!

Er hat in Düsseldorf nach dem Diktat der rheinisch-westfälischen Scharfmacher eine Programmrede gegen den Sozialismus gehalten und damit den Volksbetrug seiner Parolen entlarvt. Er soll den Kapitalismus retten, dessen Zusammenbruch durch die Namen Raiffeisen, Lahusen, Kreuger bezeichnet ist!

Hitler ist die Hoffnung der Machthaber von vorgestern!

Das reaktionäre Geschmeiss drängt sich um ihn und hinter ihn! Bankrotte Grossagrarien und verkrachte Unternehmer, gesinnungslose karrieresüchtige Beamte, feudale Korpsstudenten, die auf Grund ihrer feudalen Beziehungen wieder die höchsten Regierungsposten in Preussen einnehmen wollen, und dazu das Heer der Leichtgläubigen und der Ewigblinden, die ihm heute zjubeln und morgen sehen würden, dass sie belogen und betrogen worden sind!

Kehrt aus mit diesem reaktionären Spuk! Die Welle aus Dummheit und Betrug muss sich an der Geschlossenheit der Sozialdemokratie brechen!

Der Haufe politischer Abenteurer und politischer Spekulanten, die Landknechtsführer und Putschisten sollen uns nicht Preussen versauen! Schon verteilen sie voll Gier die Posten untereinander - sie müssen sich gründlich täuschen! Sollen Leute wie Klagges und Frick und Strasser, oder gar der Herr Röhm an die Stelle treten, von der Braun und Severing aus das neue Preussen aufgebaut haben?

Sie reden von preussischer Sparsamkeit, die Leute vom braunen Palais in

München, die Stipendiaten der Schwerindustriellen, sie reden auch von preussischer Sauberkeit. Preussische Sauberkeit mit Röh!

Dies reaktionäre Gemisch, zusammengekehrt aus dem Abfall sterbender bürgerlicher Parteien und dem Heer des politisch unreifen Kleinbürgertums, aus der Reserve des Indifferentismus, diese Mischung aus reaktionärer nationalistischer Phrase und wirtschaftsparteilichem Egoismus - das sind heute zugleich die Bundesgenossen der Kommunisten! Die Reaktion hofft auf die Hilfe der KPD, die Stipendiaten der Schwerindustrie zählen auf die Stipendiaten Moskaus!

Das will zur Macht kommen, das will Preussen regieren!

Seht hin, was 107 Nazis und 77 Kommunisten aus dem Reichstag gemacht haben! Soll das auch in Preussen so werden? Soll der preussische Landtag eine Stätte des Gebrülls und des Gewiehers, eine Kaschemme werden, in der die Gemeinheit sich austobt, während derweilen die Reaktion die Regierung an sich reisst, um das Volk zu entrechten?

Fort mit dem reaktionären Gesindel! Bei uns ist der Staat, bei uns ist die politische Vernunft, bei uns ist der Wille zur Ordnung, mit uns geht der Weg zu besseren Zeiten!

Wir regieren in Preussen! Wir bleiben an der Macht! Wir schlagen die Reaktion!

Nun auf für Preussen!

Drauf und durch mit Braun-Severing!

-----

SPD. Die Hugenberg-Presse behauptet, der preussische Finanzminister Klepper habe in einer Rede in Kiel eine Sonderabgabe auf die höheren Einkommen angekündigt. Amtlich wird dazu mitgeteilt, dass diese Behauptung unwahr ist.

Finanzminister Klepper hat in Kiel vielmehr darauf hingewiesen, dass eine der dringendsten Aufgaben auch unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Sanierung der Gemeindefinanzen der Entschluss sei, der Arbeitslosigkeit nunmehr tatkräftig entgegenzutreten. Als geeignete Mittel hierfür hat er die Verkürzung der Arbeitszeit, sowie ein im Rahmen der bisherigen Währungspolitik mögliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen wesentlicher Gegenstand die Förderung der ländlichen Siedlung in den östlichen Landesteilen zu bilden habe, bezeichnet. Gleichzeitig hat Finanzminister Klepper darauf hingewiesen, dass es auf diese Weise möglich erscheine, die Erwerbslosenzahl um schätzungsweise eine Million zu vermindern, also auch die aus öffentlichen Mitteln zu ihrer Unterstützung aufzuwendenden Beträge entsprechend herabzusetzen. Finanzminister Klepper hat also nicht eine neue Belastung, sondern eine Entlastung der Wirtschaft vorgeschlagen; insbesondere hat er den Gedanken an eine Sonderbesteuerung der höheren Einkommen weder befürwortet noch erwähnt.

Den betreffenden Hugenberg-Blättern ist bereits eine amtliche Entgegnung auferlegt worden, welche die Unwahrheit der Behauptungen dartut.

-----

SPD. Braunschweig, 21. April (Eig. Dr.)

Wieder ist eine Braunschweiger Nazisäule geborsten. Der Sturmtruppführer Bunge aus Gandersheim, Leiter des berüchtigten "Arbeitskommandos" der Kreien-  
ser SS-Schule, wurde durch eine plötzliche Revision überführt, in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer einer Baugewerks-Innungskasse mindestens 7000 Mark unterschlagen zu haben. Die Kasse ist ernsthaft gefährdet. Bunge war ein übler "Marxistentöter".

-----

SPD. Wer den Faschismus schlagen will, muss zugleich seinen kommunistischen Bundesgenossen bekämpfen. Denkt an Stalin! Die Kommunisten tragen Schuld daran, dass der Faschismus in Stalin zur Macht gelangt ist. Sie haben die Arbeiterschaft gespalten und damit ihrer Abwehrkraft beraubt.

Was tun die italienischen Kommunisten heute? Sie haben sich selbst in drei Richtungen gespalten. Sie diskutieren über die These, ob Diktatur oder Demokratie, und darüber haben sie den Kampf gegen den Faschismus völlig vergessen.

Eins aber haben sie nicht vergessen! Sie wühlen gegen die Kampforganisation der Sozialisten und der freiheitlich-demokratischen Kräfte! Während die Vereinigung Giustizia e Libertà einen unermüdlichen Kampf gegen den Faschismus führt, hat sie die Kommunisten als Feind im Rücken!

Was würde in Deutschland geschehen, wenn der Faschismus zur Macht gelangte? Dann würde die deutsche Sozialdemokratie den Kampf gegen den Faschismus fortführen als die Kraft, die ihn endlich niederzwingen würde! Die Kommunisten aber würden sich nach italienischem Muster bemühen, der Sozialdemokratie den Dolch in den Rücken zu stoßen!

Rechnet ab mit den Verrätern, mit den Bundesgenossen des Faschismus!

-----

SPD. Breslau, 21. April (Eig. Drahtb.)

Die Provokationen der schlesischen Bevölkerung durch nationalsozialistische Banden nehmen trotz der Auflösung der SA kein Ende. Die Nazis erlauben sich gegenüber Andersdenkenden Frechheiten, die selbst das bei diesem Gesindel bisher gewohnte Mass übersteigen.

In Glogau sollte am Mittwoch-Abend auf polizeiliche Anordnung das dortige Braune Haus, das sogenannte Nordschlesierheim, geschlossen werden. Als Polizeibeamte das Grundstück betraten, fanden sie eine brüllende und singende Menge ehemaliger SA-Leute im Garten vor. Der Bezirksleiter der NSDAP Ritsch hatte sich auf das Dach gestellt und hielt von oben herab eine wüste Hetzrede. Als die Nazis schliesslich aus ihrer Kaserne entfernt worden waren, marschierten sie in Stärke von etwa 50 Mann, ohne von der Polizei behindert zu werden, bewaffnet mit Spaten, Mistgabeln, eisernen Rechen und Äxten, die sie geschultert trugen, auf den Marktplatz. Im Zuge wurde ein Handwagen mit zwei lebenden Schweinen geführt, auf deren Rücken man mit roter Farbe die Namen "Braun" und "Severing" geschrieben hatte.

Der republikanischen Bevölkerung bemächtigte sich angesichts dieser Vorgänge allerstärkste Erregung. Da die Polizei den Demonstrationszug, der erst nach einer Stunde in einem anderen Nazilokal endete, nicht auflöste, sondern im Gegenteil allen Herausforderungen der Hakenkreuzbanditen freien Lauf liess, kam es mehrmals zu schweren Schlägereien. Die Polizeibeamten machten wiederholt von dem Gummiknüppel Gebrauch, jedoch in allen Fällen nur gegen Republikaner und andere Passanten, die von der Polizei empört die Entwaffnung der Hitlerstrolche forderten. Der Ortsvorsitzende des Reichsbanners, der die Bevölkerung und seine Kameraden beruhigen wollte, wurde von den Polizeibeamten ebenfalls ohne jeden Anlass geschlagen!

-----

SPD. Unter den verschiedenen technischen Organisationen, die Hitlers Privatarmee angegliedert waren, befindet sich auch eine ingenieurtechnische Abteilung. Dieser Abteilung waren besondere Funktionen für den Fall einer nationalsozialistischen Machtergreifung zugewiesen. Das Monatsprogramm für diese Abteilung für Dezember 31 gibt interessanten Aufschluss über das, was mit ihr bezweckt war. Bis Ende Januar sollten die Mitarbeiter dieser Abteilung einen klaren Beschaffenheitsbericht über die Ausrüstung, Leistungsfähigkeit der einzelnen Industrien, Gewerbebetriebe, Behörden, Anstalten, Anlagen ein-

gereicht werden. Interessant ist dabei, dass angegeben werden sollte, was je-  
der Betrieb während des Krieges an Heereslieferungen geleistet hat. In die-  
sem Monatsprogramm heisst es:

"Die technische Kommission hat für den Fall der gesetzmässigen Uebernah-  
me der Regierung; durch unsere Partei den Auftrag, sofort die lebenswichtigen  
Betriebe, also Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Ueberlandzentrale,  
Eisenbahn, Post, Presse, Luftverkehr, Kraftverkehr, Stafettendienst, Einrich-  
tung von Funkstationen, Schuleinquartierung, Stand- und Sammellager der tech-  
nischen Kommission, Milch, Lebensmittel, Feuerungsmaterialversorgung und An-  
transport teils zu kontrollieren, teils zu organisieren und zu unterhalten,  
neu zu bilden, im Betrieb zu erhalten, falls ungesetzmässige Elemente Sabota-  
ge versuchen sollten."

Noch niemals ist es so deutlich geworden wie in dieser Anweisung, dass  
hier ein staatlicher Apparat neben dem bestehenden staatlichen Apparat und  
gegen ihn gebildet werden soll. Demgegenüber steht die Frage, ob hier nicht  
ganz systematisch Industriespionage getrieben worden ist, erst in zweiter  
Linie. Diese Anweisung könnte beinahe aus dem Buch von Maleparté über die  
"Technik des Staatsstreichs" entnommen sein. Der Inhalt der Anweisung selbst  
straft die klägliche Tarnung, die in der Klausel für den Fall der gesetzmässigen  
Uebernahme der Regierung enthalten ist, glatt Lügen. Was hier organisiert  
worden ist, das ist nicht das Verhalten einer Partei für den Fall, dass sie  
gesetzmässig in die Regierung einrückt, sondern das sind Richtlinien und Mass-  
nahmen für die Errichtung einer illegalen Diktatur auf Grund eines Staats-  
streichs. Jeder Versuch, künftighin zu leugnen, dass die Vorbereitung der SA.  
auf einen Staatsstreich auf zentrale Anweisung zurückgeht, ist angesichts die-  
ser Anweisung völlig unmöglich.

Vor allem wird es notwendig sein, dass die sogenannte ingenieurtechnische  
Abteilung der NSDAP, deren Zusammenhang mit den hochverräterischen Absichten  
der Hitlerschen Bürgerkriegsarmee feststeht, ebenfalls der Auflösung verfällt!

-----  
! Achtung! Neuer Nazischwindel. !  
! ----- !

! SPD. Das Nazi-Gesindel verbreitet zurzeit eine Broschüre mit !  
! masslosen Lügen über den preussischen Innenminister. Die Broschü- !  
! re, "Der Korruptionssumpf in Preussen" betitelt, ist in Bayern und !  
! Preussen verboten. Wo sie trotzdem verbreitet wird, muss sofort !  
! die zuständige Polizeibehörde mit dem Ersuchen, schnellstens das !  
! Erforderliche veranlassen zu wollen, verständigt werden. !

! Gebt den Verleumdern am Sonntag die Antwort! !  
! Wählt Braun-Severing! !  
! ===== !

-----  
SPD. Breslau, 21. April (Eig. Drahtb.)

In Zottwitz Kreis Ohlau kam es am Mittwoch-Abend zu schweren Zusammen-  
stössen zwischen ortsfremden Nationalsozialisten und der überwiegend republi-  
kanisch gesinnten Bevölkerung der Gemeinde. Etwa 80 bis 100 ehemalige SA-  
Leute zogen tobend und lärmend durch die schmalen Strassen und versuchten,  
durch wüste Schimpfworte Andersgesinnte zu provozieren.

Als einige Reichsbannerleute sich die Anpöbeleien verboten und auch die

Annahme von Flugblättern verweigerten, begannen die zahlenmässig weit überlegenen Hitlerbanditen mit Spaten und anderen Waffen auf ihre Gegner und auch auf völlig unbeteiligte Leute einzuschlagen. Dabei wurde der Maurer Heinrich Loch schwer verletzt. Als die Nazis durch das Dorf zurückmarschierten rief ihnen die Gutsbesitzersfrau Janus zu, sie möchten nochmals umkehren und mit der "roten Pest" gehörig aufräumen. Der Ortsvorsitzende des Reichsbanners, der bei den Schlägereien zu vermitteln suchte, wurde mit Riemen, in dessen Ende Bleikugeln eingelegt waren, niedergeschlagen.

Allmählich bemächtigte sich der Nazis ein vandalischer Rauschzustand. Alles, was sich ihnen in den Weg stellte, wurde beschimpft und geschlagen. Sie rissen Zaunlatten und Pfähle aus, warfen bei einem Kolonialwarenhändler die Schaufenster ein und beschimpften mehrere Frauen ohne jeden Anlass mit Ausdrücken wie "katholische Sau". Als die Frauen sich diese Beleidigungen verbaten, boten ihnen die Hakenkreuzstrolche Ohrfeigen an. Ein Versuch, einen katholischen Geistlichen aus seiner Wohnung zu holen, misslang den Nazis, da der Pfarrer rechtzeitig seinen Hund von der Kette los machen konnte.

Der Ueberfall der Nationalsozialisten auf Zottwitz ist, wie einwandfrei festgestellt werden konnte, planmässig ausgeführt worden. In den Händen der Nazis befanden sich Listen, auf denen die Namen von etwa 20 Zottwitzer Republikanern verzeichnet waren, die man aus ihrer Wohnung holen wollte. Es handelt sich also um einen besonders krassen Fall bewussten nationalsozialistischen Terrors gegen eine ganze Gemeinde. Alle 100 Mann waren ausnahmslos uniformiert. Es sind ehemalige SA-Leute, die dem vor seiner Auflösung in Schlesien besonders berüchtigten Sturm 157 Gusten angehörten. Aus dem geschlossenen Auftreten des Trupps ist zu schliessen, dass dieser Sturm trotz Verbots heute noch besteht!

-----

SPD. stuttgart, 21. April (Eig. Drahtb.)

Gegen das anmassende und im Gegensatz zu ihrem Treueid auf die Verfassung stehende Auftreten zahlreicher nationalsozialistischer Beamten macht nun auch die an der Spitze der württembergischen Regierung stehende Zentrums-partei mobil. Wie in ihrer Presse mitgeteilt wird, hat Staatspräsident Bolz, der zur Zeit im Allgäu Wahlversammlungen abhält, die Beamten, die vor der Bevölkerung ihre Regierung herunterziehen, als "charakterlos" bezeichnet, denen nach den Wahlen gesagt werden würde, was ihre Pflicht gegenüber ihren Vorgesetzten ist. Die Regierung habe keine Lust, noch länger anzusehen, wie politisierende Beamte ihren Treueid brechen und die Regierung in den Dreck herunterziehen. Gegen solche müssten endlich andere Saiten aufgezo-gen werden. Ein längereres Zusehen könne das Volk nicht begreifen.

Das Stuttgarter Zentrumsorgan macht dann noch folgende Mitteilungen über die bisher beobachteten Umtriebe nationalsozialistischer Beamten:

"Mitte Februar d. Js. hat ein Reichsbahnrat a. D. Schwarzkopf in Stuttgart zur Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Reichsbahn-beamter" durch Verbreitung eines Flugblatts nach Stuttgart eingeladen. Die Notwendigkeit einer solchen Gründung wurde in der Einladung mit einer gemeinen Herabwürdigung und Beleidigung der heutigen Regierung begründet, und zwar so, dass das Flugblatt alsbald beschlagnahmt wurde. - Was sich nationalsozialistisch eingestellte Beamte in Versammlungen zu leisten erlauben, übersteigt alles Mass. Der Teilnehmer einer solchen Versammlung, ein besonnener Beamter, berichtet dem Schreiber dieser Zeilen, "dass ein furchtbarer, verlogener, persönlicher Kampf innerhalb der Beamtenschaft und in den Versammlungen entbrannt ist, wie er noch nie erlebt wurde. Schamlose Behauptungen über Persönlichkeiten der jetzigen Regierung und über führende Personen der einzelnen Verwaltungen werden hemmungslos verbreitet. Es ist furchtbar, selbst miterleben zu müssen, wie jeder Anstand übergangen und die Männer, die an verantwortungs-

voller Stelle tätig sind, mit Lügen und Verleumdungen in Schmutz gezogen werden. Mit diesem tollen Treiben der Nazibeamten ist eine Entwicklung eingeleitet, die dem staatstreuen, pflichtbewussten Berufsbeamtentum die schwersten Schläge versetzen muss."

Soweit der Bericht eines Teilnehmers an mehreren nationalsozialistischen Versammlungen, in welchen "Beamte" das "grosse Wort" führten. Diese Vorgänge sind leider nicht vereinzelt. Einzelne Vorgänge aus neuester Zeit in unserem Lande verdienen festgehalten zu werden.

Mittlere Reichsbahnbeamte auf einer mittelgrossen Station in A. (gemeint ist Aalen.D.Ber.) haben vor der ersten Reichspräsidentenwahl zugunsten der Naziartei in und ausser Dienst eine masslose Agitation betrieben. Es war ein Plan ausgearbeitet, der beim Siege Hitlers am 13. März die Absetzung der Vorstände des Bahnhofs und des Postamts, sowie des Oberbürgermeisters und die Ersetzung dieser Posten durch Nazibeamte zum Ziele hatte. Die Herrschaften waren so siegesbewusst, dass sie in Parteiuniform, allerdings mit zugeknöpftem Ueberzieher darüber, in die Siegesversammlung gingen, um beim Bekanntwerden des Sieges Hitlers das 3. Reich mit einem Marsch in die Stadt auszurufen.

Ähnliche Umtriebe sind auch in einer grösseren Stadt am oberen Neckar zu verzeichnen. Dort war die Aufdringlichkeit der Naziagitatoren allmählich zum Terror geworden, so dass ruhige und besonnene Leute sich dagegen beschwerten. Auch dort sollte nach dem Siege Hitlers eine "Umorganisation" vorgenommen werden. Die Hetze gegen das heutige "System" durch Beamte, die dem Staat den Treueid geleistet, nahm Formen an, die nicht leicht überboten werden können.

Der Reichsbahninspektor D. in H. im Schwarzwald (Herrenalb), zugleich Führer des "Bahnschutzes", glaubte, seinen Berufskollegen an anderen Orten, nicht nachstehen zu sollen. An diesem Orte hatte man es hauptsächlich darauf abgesehen, den gestrengen Bürgermeister und einige andere Personen des Ortes alsbald nach Errichtung des Dritten Reiches von ihren Posten zu verjagen und diese mit Anhängern der Nazibewegung zu besetzen.

In der Stadt C. (Crailsheim), einem Verkehrsknotenpunkt im Fränkischen, hatten mittlere Reichsbahnbeamte ebenfalls Morgenluft gewittert. Sie glaubten nichts versäumen zu sollen, um für die Besetzung der "Aufstiegsposten" im Dritten Reich und bei der "Beseitigung des verlotterten Systems" früh genug die Vorbereitungen treffen zu sollen.

Ein Beamter im Allgäu verstieg sich am Tage nach einer Versammlung für die Reichspräsidentenwahl unter Beschimpfung der Teilnehmer zu der frohlockenden Behauptung, "dass jetzt bald ein anderer Wind wehe" und dass diejenigen sich schämen müssten, die noch in Zentrumsversammlungen gingen. Was sich in der dortigen Gegend einige Forstmeister, auch Regierungsbeamte, in der Bekämpfung des "jetzigen Systems", von dem sie doch leben, öffentlich und in vertraulichen Konventikeln" leisten, gehört mit an die Öffentlichkeit. Es wirft auf den Grad der Bildung und das Denkvermögen dieser Beamten ein schlechtes Licht.

Das ist nur ein Ausschnitt dessen, was wir auf diesem Gebiet kennengelernt haben. Die Reichsbahn und die verehrliche Forstdirektion, vor allem aber die Württ. Regierung wird gut tun, diesen Umtrieben ihrer pflichtvergessenen Beamten energisch und ohne jede Rücksicht auf den Grund zu gehen und im Interesse der Erhaltung der Staatsautorität sofort mit den gegebenen gesetzlichen Mitteln durchzugreifen. Beamte, die dem Staat den Treueid geleistet und sich derartig gegen ihn einsetzen, haben jeden Anspruch auf eine weitere Belassung im Dienste verloren. Derartige Vorgänge haben mit dem Recht der politischen Meinungsfreiheit und Zugehörigkeit zu einer Partei nichts mehr zu tun. Es genügt nicht, dass SA und SS verboten werden, sondern es ist notwendig; wenn die Staatsautorität nicht leiden soll, dass die Konsequenzen gezogen und die ihre Pflicht vergessenden Beamten in die Schranken gewiesen

werden. Die Beamten seien gewarnt!"

Wie vorstehend vermerkt, ist das die Meinung des Stuttgarter Zentrumsblattes, der wir uns selbstverständlich vollinhaltlich anschliessen.

-----  
Hitler? - Weiches Wachs!

-----  
Otto Braun? - Willensstärker!

SPD. In Nr.60 der "Täglichen Rundschau", dem Organ des "Christlich sozialen Volksdienst", stellt der Reichstagsabgeordnete Professor Strathmann folgende Prognose über den Ausgang des am 24. April entschiedenen "Kampfes um Preussen":

"Kann ein halbwegs nüchterner Politiker glauben, dass ein Mann von der Willensstärke und politischen Befähigung Otto Brauns, dem gegenüber Hitler beinahe weiches Wachs ist, sich durch die Wahl Hitlers verblüffen liesse und seine Machtstellung aufgäbe? Hier handelt es sich nicht um moralische oder gefühlsmässige Bewertungen, sondern darum, sich klar zu werden über das Wahrscheinliche. Es müsste merkwürdig zugehen, wenn Otto Braun nicht Mittel und Wege fände, seine Herrschaftsstellung in Preussen zu behaupten. Dann wird ein Kampf auf Tod und Leben zwischen Braun und Hitler beginnen. In diesem Kampf wird Braun siegen. Denn er ist an Willen stärker, im Denken nüchterner und hat die reale staatliche Macht."

So urteilt ein Gegner Otto Brauns über Preussens Ministerpräsident. Darum wählen wir ihn mit

Liste 1.

-----  
SPD. München, 21. April (Eig. Drahtb.)

Der Naziabgeordnete des Bayerischen Landtages Dr. Buttmann erklärte nach einem Bericht der Bayerischen Staatszeitung in einer Wahlversammlung seiner Partei in Lutzingen (Regierungsbezirk Augsburg) wörtlich:

"Wir haben in Deutschland eine Reihe von Guillotinen herumstehen, die heute rosten. Wir werden sie im dritten Reich wieder blank machen, aber nicht mit Rostpapier, sondern mit den Nacken derjenigen, die wir darunter legen."

Dieser Dr. Buttmann ist der erste Bibliotheksbeamte des bayerischen Landtages und Führer der bisherigen Nazifraktion im Landtag. Durch die Neuwahl steht er in Gefahr, seine führende Abgeordnetenstellung an robustere Parteifreunde zu verlieren, da er sich bisher im Parlament einer gewissen sachlichen Mitarbeit befleißigte. Um nun den Machthabern im Braunen Hause seine absolute Illegalität zu beweisen, greift er in seinen Wahlreden offenbar absichtlich zurschärfsten Tonart des Köpferollens. Vielleicht tut ihm der neue bayerische Landtag den Gefallen und ehrt ihn seines Postens, damit er sich in der Wartezeit mit der Technik eines Henkers des dritten Reiches vertraut machen kann.

Ministerpräsident Dr. Held hat erst vor wenigen Tagen öffentlich erklärt: "Mir erscheint es unmöglich, dass heute einer Beamter sein kann, der zugleich agitatorisches Mitglied einer Partei ist, die den Staat ruinieren will. Wir haben dem Staat gegenüber die geschworene Pflicht, dafür zu sorgen, dass dieser Unfug und diese Charakterlosigkeit in der Zukunft ein Ende findet."

SPD. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands teilt mit:

"Wie wir erfahren, haben einige Rechtsblätter in der Provinz und der Reichshauptstadt Gerüchte verbreitet, nach denen auf Veranlassung der Zentrale unseres Verbandes im ganzen Reiche Besprechungen und Versammlungen stattgefunden haben, durch die die Unterführer und Mitglieder des Verbandes mobilisiert werden sollten. Die erwähnten Zeitungen knüpfen daran die Vermutung, dass diese Mobilisierung zu Zwecken der Vorbereitung illegaler Handlungen (u.a. Sabotageakte) erfolgte.

Hierzu erklären wir folgendes: Es ist unwahr, dass von seiten des Hauptvorstandes des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands solche oder ähnliche Anweisungen ergangen oder geduldet worden sind. Der Verband steht fest auf dem Boden der Reichsverfassung, sodass sich solche oder ähnliche Massnahmen erübrigen. Zum Schutze der Reichsverfassung wird der Verband erforderlichenfalls seinen Einfluss in legaler Weise geltend machen. Im übrigen beschränkt sich die Tätigkeit des Einheitsverbandes allein auf die Erledigung gewerkschaftlicher Aufgaben.

Hieraus ergibt sich, dass die Beteiligung an illegalen Bestrebungen und Bürgerkriegsvorbereitungen ausserhalb des Tätigkeitsgebietes des Verbandes liegt, sodass eine Beteiligung der Mitglieder des Verbandes für solche Aufgaben nicht in Frage kommt.

In einigen Zeitungen wird darauf hingewiesen, dass ein Gewerkschaftssekretär in Stolp, der u.a. im "Fränkischen Kurier" als Reichsgewerkschaftssekretär bezeichnet wird, sich in der genannten Art geäussert habe. Wir glauben nicht, dass hiermit ein Angestellter unserer Organisation gemeint ist, da solche Äusserungen den Tatsachen widersprechen würden."

-----  
SPD. Eisenach, 21. April (Eig. Drahtb.)

Im Eisenacher Stadtrat wurde am Donnerstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatsparteiern ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, der den Stadtvorstand beauftragt, gegen den Nazi-Stadtarzt Dr. Geibel das Dienststrafverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung einzuleiten.

Geibel hat sich im Präsidentenwahlkampf als hemmungsloser Agitator der NSDAP betätigt. Staatliche Einrichtungen und den Reichspräsidenten von Hindenburg hat er durch zahlreiche Äusserungen herabgesetzt und beleidigt.

-----  
SPD. Die Hetze gegen das Reichsbanner nimmt von Stunde zu Stunde zu und zugleich immer unerträglichere Formen an. Wahrscheinlich sind sich die anonymen Hetzpostel ihrer Sache selbst bereits so wenig sicher, dass sie sich einen bescheidenen Erfolg nur noch von schwerstem Geschütz gegen die republikanische Schutzorganisation und davon versprechen, dass sie den Reichspräsidenten mit Dutzenden von Telegrammen unter Druck zu setzen versuchen. Trotzdem wird das Spiel nicht gelingen, weil das gegen das Reichsbanner zusammengesuchte "Material" zum Teil aus Fälschungen oder aus Zitaten besteht, die nur von Fälschern dahin ausgelegt werden können, dass das Reichsbanner auch nur einen Augenblick illegale Absichten verfolgt hat und mit der Privatarmee Hitlers auch nur irgendwie zu vergleichen wäre.

Das "Material" der anonymen Hetzpostel ist bisher leider nicht veröffentlicht worden. Nicht weil die Reichsregierung eine derartige Veröffentlichung etwa scheut, sondern weil das Kabinett mit der Sache befasst werden soll und es nicht opportun ist, der Entscheidung der Regierung durch eine Veröffentlichung der Märchen über das Reichsbanner vorzugreifen. Da Reichs-

kanzler Dr. Brüning zurzeit in Genf weilt, ist diese Entscheidung leider nicht vor Beginn der nächsten Woche zu erwarten. Bis dahin werden die Hetzer ihr schmutziges Handwerk mit verdoppelter Kraft fortsetzen. Allerdings wird, wie wir ihnen verraten wollen, das Ergebnis ihrer Kampagne zu ihrem Aufwand an Kraft und Schmutz in keinem Verhältnis stehen. Vorerst haben sie lediglich erreicht, dass der Reichsinnenminister dem Reichskanzler am Sonntag in Sigma- ringen über das Intrigenspiel berichten wird und zwar in der Absicht, sich beim Reichspräsidenten aus rein sachlichen Erwägungen ebenfalls gegen die Auflösung des Reichsbanners einzusetzen. Die Stellungnahme des Kabinetts zu den Ammenmärchen der ewigen Intriganten gegen Republik und Verfassung ist deshalb bereits heute keineswegs mehr zweifelhaft.

Unterdessen werden aus der "Fülle" des Materials gegen das Reichsbanner, das dem Reichspräsidenten übermittelt wurde, einige Dinge bekannt, die charakteristisch sind für dieses "Material" in seiner Gesamtheit. So ist in einem der Briefe unter der Rubrik "Umsturzabsichten des Reichsbanners" ein Aufruf des Reichsbanners wiedergegeben, in dem u.a. von einer zweiten Revolution gesprochen sein soll und in dem gesagt wird, dass das Reichsbanner seine Rü- stungen aus den Beständen der preussischen Schutzpolizei erhalten werde. In dem Originalaufruf des Reichsbanners findet sich davon kein Wort - wohl aber in dem Kommentar der rechtsradikalen "Berliner Börsenzeitung", der diesem Aufruf angefügt worden ist. Aus diesem Kommentar und nicht aus dem Aufruf selbst sind dem Reichspräsidenten die betreffenden Sätze vorgelegt worden. Es handelt sich also um nicht mehr und nicht weniger als eine glatte Fälschung. Zugleich aber lässt dieser Kommentar erkennen, aus welchen Quellen dem Reichs- präsidenten das Material überreicht worden ist.

In der "Reichsbannerzeitung" Nr.44 vom 1.11.1930 ist die Ernennung Seve- rings zum preussischen Innenminister begrüsst worden. Das wird gedeutet als eine Absicht des Umsturzes. In den betreffenden Sätzen der Reichsbannerzeitung heisst es: "Das Reichsbanner steht bereit, unter ihrer Führung einen Angriff gegen Preussen und damit auf die Demokratie zurückzuweisen." Wie diese Sätze als Umsturzabsichten des Reichsbanners gedeutet werden sollen, bleibt ewiges Geheimnis. Weiter sind dem Reichspräsidenten Berichte über Geländespiele vor- gelegt worden, Berichte, die aus der "Reichsbannerzeitung" selbst entnommen worden sind. Im übrigen sind diese Geländespiele durchgeführt nach der vom Reichsinnenministerium empfohlenen Schrift "Spähen und Streifen". Als beson- ders beweiskräftig soll angeblich ein im übrigen bereits veröffentlichter "Geheimbefehl" angesehen werden, der in den Tagen vom 7. bis 9. November 1931 für Hessen erlassen worden ist. Damals wurde ein Angriff auf das Eigentum von Arbeiterorganisationen befürchtet, und es wurde deshalb eine Art Alarm- bereitschaft angeordnet. Festgestellt werden braucht dazu nur, dass diese An- ordnung der hessischen Regierung und den hessischen Behörden mitgeteilt worden ist.

Diese Kostproben aus dem "Material" mögen für heute genügen. Sie zeigen wes Geistes Kind seine Fabrikanten sind: Elende Fälscher!

SPD. Köln, 21. April (Eig. Drahtb.)

Innerhalb der rheinischen Nazi-Partei droht eine Spaltung.

Der Kölner nationalsozialistische Stadtverordnete Heinrich Mainz sammelt, wie die "Rheinische Zeitung" mitteilt, seit Wochen innerhalb der NSDAP oppo- sitionelle Mitglieder, um mit diesen eine "Unabhängige Nationalsozialistische Partei" aufzuziehen. Die Gründung der neuen Partei sollte bereits vor eini- gen Taten vollzogen werden, ist aber dann in Anbetracht der kommenden Preus- senwahlen verschoben worden."

Mainz ist der Kölner Stadtverordnete, der in einem auch von uns ver- öffentlichten Brief an den Nazigauleiter Grohé die heutige Zusammensetzung

der Nazipartei als "zu 90 % aus Verbrechern und Betrügern bestehend" charakterisierte. Mainz erhofft starken Zugang für seine Partei aus der nicht unbedeutlichen Anhängerschaft des aus der NSDAP ausgeschiedenen Jugendleiters Kayser zu erhalten.

-----  
SPD. Genf, 21. April (Eig. Drahtb.)

Die Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz hat am Donners- tag die Generalaussprache über den Bericht des Direktors begonnen.

Müller-Deutschland begründete den Kampf der Arbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit, der vom Internationalen Arbeitsamt moralisch unterstützt werde. Dagegen drehe sich der Bericht des Direktors bei der Lohnfrage im Kreise herum. Die Arbeiter wollten mit den Löhnen die Kaufkraft erhalten, während die Arbeitgeber durch Lohnkürzungen die Produktion zu verbilligen suchten. Der Bericht weiche der Frage aus mit dem Hinweis mit der Notwendig- keit von Preisherabsetzungen. Weder das Internationale Arbeitsamt noch die Regierungen nähmen bei den Preisherabsetzungen einen festen Standpunkt ein, dagegen würden überall die Löhne herabgesetzt. Aus dem Bericht sehe man in der wichtigen Frage der öffentlichen Arbeiten nichts als Verhandlungen und noch kein Ergebnis. Daran aber seien die Regierungen im Völkerbund schuld, der völlig versagt habe. Der Abbau der Sozialpolitik lasse sich nicht leugnen.

Schliesslich begrüßte Müller die Forderung des Direktors nach der orga- nisierten Wirtschaft. Die Arbeiterklasse habe kein Interesse am Zusammenbruch, sondern das grösste Interesse am planmässigen Aufbau durch gemeinsame Arbeit aller Völker.

-----  
"Rote Vorherrschaft"  
-----

SPD. Stahlhelmaufrufe für Ostpreussen: "12 Jahre lang, ununterbrochen, besteht eine rote Parlamentsmehrheit in Preussen."

Und was ist wahr? In der preussischen Landesversammlung von 1919 sassen 168 Sozialdemokraten beider Richtungen, gegen 233 Bürgerliche.

Landtag 1921: 173 Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 255 Bürgerliche,

Landtag 1924: 158 Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 292 Bürgerliche.

In dem letzten Landtag: 140 Sozialdemokraten und 53 Kommunisten gegen 215 Bürgerliche.

Das ist die "rote Vorherrschaft". In der Praxis haben in allen Landtagen und bei jedem für die Arbeiterschaft wichtigen Gesetz die Kommunisten stets mit den Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen die Koalitionsregie- rung gestimmt. Vergesst es nicht am 24. April!

Wählt Braun-Severing!

-----  
SPD. Köln, 21. April (Eig. Drahtb.)

Unter Vorsitz eines Reichsbeamten, des Zollinspektors Wagner, sprach in Kreuznach der Nazi-Reichstagsabgeordnete Ringshausen, der nach dem "Öffent- lichen Anzeiger", einem parteilosen Blatt, das im allgemeinen sehr objektiv zu berichten pflegt, folgendes ausführte:

"Der 24. April wird der Tag des Gerichtes werden. Da geht die Schlacht los, da werden wir den roten und schwarzen Brüdern ans Leben gehen, bis sie alle über den Haufen gerannt und erschlagen sind. (Bravo, stürmischer Bei- fall.) Mit französischem Geld hat man 1925 die Wahl Hindenburgs bekämpft und

dem internationalen Obergauener Briand, als er in Berlin war, zum Dank dafür zugerufen: "Vive la France!" Wenn die Toten aus den Gräbern aufstehen, Herr Brüning, dann müssen sie Ihnen fluchen, denn Ihre Politik hat die Bauern und den Mittelstand verraten. Ein roter General hat in Süddeutschland gesagt, heute wisse keine Mutter mehr, wer der Vater ihrer Kinder sei und ein Zentrumspfarrer hat ihm zugestimmt. Herr Hindenburg, Sie habendem Kaiser die Treue geschworen. Sie hätten also handeln müssen. Sie hätten am 9. November 1918 nach Berlin marschieren und die rote Rasselbande über den Haufen knallen lassen sollen (Bravo, stürmischer Beifall). Heute begehen Sie zum zweiten Male den Fehler des 9. November. Wieder weht in ihrer Front der rote Drecklappen der Internationale, Herr Hindenburg...."

So lügen und reden die unverschämten Kreaturen Hitlers im Lande für Mord und Totschlag, während der Ober-Bandit sich in Legalitätsschwüren nicht genug tun kann. Das Tollste aber ist, dass sich derartiges unter den Augen der preussischen Polizei abspielen durfte, dass kein Beamter eingriff als der Nazi-Schutz Ringshausen in Kreuznach dem Reichspräsidenten Meineid vorwarf. Schliesslich dürfen wir uns noch die Frage an den Reichsfinanzminister erlauben: Was geschieht mit dem Nazi-Zollinspektor Wagner, unter dessen Vorsitz sich ein notorischer Schwätzer und Lügner in der gemeinsten Weise gegen Hindenburg und den Reichskanzler auslassen konnte?

-----

SPD. Wien, 21. April (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Donnerstag kam es in der niederösterreichischen Stadt Krems zu schweren blutigen Zusammenstössen zwischen Christlichsozialen und Hakenkreuzlern.

Im Verlauf einer Wahlversammlung der Christlichsozialen ergriffen anwesende Hakenkreuzler, als der Redner zu Worte kam, Sesselbeine und Stuhllehnen und schlugen auf die Versammlungsteilnehmer ein. Ein Wehrmann des Bundesheeres, der in Zivil anwesend war, wurde schwer verletzt. Auch andere Besucher der Wahlversammlung trugen schwere Verletzungen davon. Die Situation wurde so bedrohlich, dass schliesslich eine Kompanie des Bundesheeres mit zwei Maschinengewehren gegen die Nationalsozialisten vorgehen musste.

-----

SPD. Genf, 21. April (Eig. Drahtb.)

Das Ereignis der Donnerstag-Sitzung der Generalkommission blieb aus. Der ausdrücklich zur Verteidigung seiner bedrohten Position aus Paris herbeigeeilte Tardieu sprach nicht selbst. Er liess dagegen den völlig überraschten Paul Boncour die äusserst schwierig gewordene Stellung verteidigen.

Unter dem doppelten Druck der persönlichen Divergenz zu Tardiens provozierender Haltung und der völligen Isoliertheit Frankreichs vor der Konferenz entledigte sich Paul Boncour, mit ungeheurer Anstrengung seine Erregung meistarnd, der undankbaren Aufgabe in ausserordentlich matter Form. Es war ein schlecht verhehlter Rückzug auf die ältesten Ablenkungsmanöver. Deutlicher konnte die Wandlung der französischen Delegation vom Angreifer zum verzweifelten Verteidiger nicht in Erscheinung treten, als durch das ungewollte Zugeständnis, dass alle Staatengleichen Anspruch auf Sicherheit haben, und dass die diskutierten Waffen besonders gefährlich seien.

Drei Gründe waren es im wesentlichen, die Paul Boncour dem am Mittwoch eingebrachten englischen Antrag auf qualitative Rüstungsherabsetzung entgegenstellte: Das Verbot der Angriffswaffen vermindere die Sicherheit, statt sie zu erhöhen. Da alle Waffen untereinander verbunden seien, so schaffe dieses Verbot eine neue Ueberlegenheit verbleibender Waffen. Endlich würden die französischen Vorschläge auf Internationalisierung der wirkungsvollsten Waf-

fen durch den englischen Antrag im voraus ausgeschaltet. Frankreich, so erklärte Boncour, trete dem Prinzip der qualitativen Begrenzung der Rüstungen bei. Es habe es schon immer bei der Festsetzung der endgültigen Ziffern im Schlussantrag durchgeführt wissen wollen. Die einen wollten die Angriffswaffen verbieten, Frankreich wolle sie zur Wahrung des Rechts und Erhöhung der Sicherheit dem Völkerbund als einer internationalen Macht zur Verfügung stellen. Diese Möglichkeit sei nach Annahme des englischen Antrages nicht mehr vorhanden. Er entscheide im voraus die Fragen, die unter den nächsten Punkten der Tagesordnung beraten werden müssten und mit dem heutigen Beratungsgegenstand untrennbar verbunden seien. Dadurch werde das bestehende Material vernichtet, ohne es dem Völkerbund zu seiner Stärkung zu geben. Es gelte auch nicht, den Krieg zu humanisieren, sondern ihn zu verhindern. Auch wenn man die bezeichneten Waffen verbiete, behielten manche Staaten eine Ueberlegenheit. Solche Massnahmen bedingten eine ausserordentlich strenge Kontrolle über die ebenfalls mit diesem Verbot gleichzeitig entschieden werden müsse.

Gibson-Amerika wies in überzeugendster Form sofort das Hauptargument Boncours als falsch nach. Der englische Antrag schalte keinen einzigen Vorschlag im voraus von weiteren Entschlüssen aus. Amerikas Antrag auf Verbot der schweren Artillerie, der Tanks und der Giftgase bezeichnete er als Niederschlag der allgemeinen Anschauung auf der Konferenz und des Verlangens der öffentlichen Meinung der ganzen Welt. Es handele sich also absolut nicht um einen ausgesprochen amerikanischen Vorschlag. Er solle nur den ersten Schritt darstellen und auf allen Gebieten zu weiteren Schritten ermutigen.

Kanada, Irland, Norwegen, Indien, Holland, Australien, Schweden, Portugal, die Schweiz und Südafrika traten rückhaltlos für den englischen Antrag ein. Japan unterstützt im ebenfalls unter Vorbehalt aller weiteren Schritte.

SPD. In Aachen veranstalteten die Nazis dieser Tage einen kläglichen Umzug. Daran beteiligten sich nach einer Feststellung eines Aachener Blattes u.a. die Proletarier:

der Sohn des Herrn Krupp von Bohlen-Hallbach,  
der Sohn des Herrn Generaldirektors Bischoff,  
der Sohn des Herrn Generaldirektors Honigmann.

Gefehlt hat nur ein Hohenzollern-Sprössling und auch Aachen hätte endgültig erfahren, was es mit der Nazi-Arbeiterpartei auf sich hat.

SPD. Genf, 21. April (Eig. Drahtb.)

Im weiteren Verlauf der Beratungen der Generalkommission machte Titulescu Rumänien im Namen der Kleinen Entente, Polens und acht südamerikanischen Staaten einen Gegenstoss durch die Vorlegung einer Entschliessung, in der die Einmütigkeit über das Prinzip der qualitativen Rüstungsherabsetzung und die Verschiedenheit der Ansichten über die anzuwendenden Methoden festgestellt wird. Vor einer endgültigen Entscheidung solle die technische Kommission die Bestimmung der zu verbietenden Waffen und die Methode für ihre bestmögliche Ausschaltung untersuchen. Litwinow bezeichnete diesen Versuch als eine Entschliessung der Unentschlossenheit und schloss sich vorbehaltlos dem englischen Antrag an. Ueber Titulescus Antrag wird am Freitag eine neue Aussprache stattfinden.

An der Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskommission nahmen am Donnerstag zum ersten Male, bei ihrem Erscheinen lebhaft begrüsst, Reichskanzler Dr. Brüning und Premierminister MacDonald teil.

SPD. Der Bundesführer des Reichsbanners, Höltermann, hat dem Reichsinnenminister inzwischen das bekannte Rundschreiben betr. Auflösung aller Schutzformationen des Reichsbanners und Rückgliederung ihrer Mitglieder in die allgemeine Mitgliedschaft des Reichsbanners und eine eidesstattliche Erklärung übermittelt, wonach die Führerschaft dieser ehemaligen Schutzformationen mit den Massnahmen der Bundesleitung einverstanden war und ist.

Die Bundesleitung und die Führerschaft haben sich auch bereit erklärt, alles Aktenmaterial des Reichsbanners den Behörden zur Einsichtnahme vorzulegen. Und sie haben weiter versichert, dass alle Behauptungen von irgendwelcher Tarnungsabsichten des Reichsbanners vollkommen wahrheitswidrig sind.

Es ist bisher von keiner Länderregierung irgendein Antrag auf Verbot des Reichsbanners an die Reichsregierung gelangt, auch nicht von Mecklenburg-Strelitz.

Die Hetzapostel gegen das Reichsbanner haben inzwischen einen Stab ehemaliger Generäle zusammengetrommelt, die in einer öffentlichen Erklärung gegen die AUFLÖSUNG der SA protestieren und den Reichspräsidenten ersuchen, dem Reichskabinett sein Vertrauen zu entziehen. Wo Nazi-Exzellenzen protestieren darf der Kleinbürger Hjalmar Schacht, der Mann mit dem ewigen Renommier-Bedürfnis, natürlich nicht fehlen. Also hat auch er den Protest unterschrieben. Wenn schon.....

-----  
SPD. Genf, 21. April (Eig. Drahtb.)

Die Reichsregierung hat den Signatarmächten der Memel-Konvention am Donnerstag eine neue Note überreicht, die sich mit der Verschärfung der litauischen Massnahmen gegen das Memelland befasst. Insbesondere werden die ungesetzlichen Einschränkungen des Wahlrechts für deutsche Wähler und die auffallend grosse Zahl litauischer Einbürgerungen zur Erhöhung der litauischen Stimmzahlen einer dringenden Untersuchung empfohlen.

-----  
SPD. Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag die von der Reichsregierung aufgestellte Berechnung für den Ersatz der Kosten der Reichspräsidentenwahl für die Gemeinden. Die Gemeinden erhalten ungefähr vier Fünftel der entstandenen Wahlkosten zurückvergütet. Der komplizierte Verteilungsschlüssel beruht auf dem Lebenshaltungs-Index.

Bayern und einige andere Länder waren der Meinung, dass die tatsächlichen Wahlkosten zugrunde gelegt werden müssten, und hatten deshalb in der Ausschussberatung die Berechnung auf Grund von Stichproben in Beispielsgemeinden verlangt. Im Ausschuss und im Reichsrat selbst wurde diese Anregung jedoch abgelehnt und der Verteilungs-Vorschlag mit Mehrheit angenommen.

-----  
SPD. Paris, 21. April (Eig. Drahtb.)

Im Justizpalast von Bastia auf Korsika hat sich am Donnerstag-Vormittag ein schweres Unglück ereignet. Während einer Gerichtssitzung stürzte die Decke des Sitzungssaales ein. Die Mitglieder des Gerichtshofes und ein Teil des Publikums wurden unter den Trümmern begraben. Es wurden fünf Tote und sechs Verletzte geborgen.

-----

SPD. Genf, 21. April (Eig. Drahtb.)

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag-Nachmittag um 5 Uhr in Fortsetzung seiner Besprechungen über das Reparationsproblem und die Abrüstungsfrage zunächst den belgischen Aussenminister Hymans und anschliessend den französischen Ministerpräsidenten Tardieu. Am Freitag-Vormittag wird der englische Ministerpräsident MacDonal dem Reichskanzler einen Besuch abstaten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Durch das Volk für das Volk.

-----  
Millionen Flugblätter - 100 000 Versammlungen.

SPD. 24 Stunden nach der Wahl für den Reichspräsidenten, eröffnete die deutsche Sozialdemokratie den Wahlkampf für die Länderparlamente. Am 11. April sprachen Ministerpräsident Braun und Parteivorsitzender Wels im grössten Versammlungsraum Berlins, im Sportpalast zu Zehntausenden, für den demokratischen Volksstaat gegen die arbeiterverräterischen Kommunisten und gegen die vom Kapital ausgehaltene Hitler-Partei!

Das war die Parole, die Otto Braun und Otto Wels im Sportpalast unter dem begeisterten Beifall der Zuhörer ausgaben. Kaum war sie ausgegeben, als sich Hunderttausende Mitglieder und Funktionäre in Deutschland erhoben und den Kampf für die Erhaltung und den weiteren Ausbau des Volksstaates begannen, ein Wettstreit, für das es in der langen Geschichte der Sozialdemokratie kaum ein Beispiel gibt. Ein unübersehbares Heer junger und alter Parteifreunde, von Funktionären und Mitgliedern, von Männern und Frauen, setzte sich in Bewegung. Gigantisch die Arbeit, die die Parteiorganisationen, von den Grossstädten bis zum letzten Dorf, zu erfüllen hatten. Hunderttausende wollen "Material" haben, Flugblätter und Plakate, Fahnen und Transparente für die Demonstrationen, Klebezettel und alles, was notwendig ist, um auch den letzten Wähler im letzten Dorf zu erfassen.

#### Die Flugblatt-Propaganda.

Die Flugblattverbreitung ist immer noch eines der wichtigsten Kampfmittel. Die Sozialdemokratie mit ihren Millionen Anhängern ist wohl als einzige Partei auch in der Lage, diese Flugblätter in die letzten Gassen und Winkel und in die letzte Stube eindringen zu lassen. Der Hauptschlag ist selbstverständlich gegen die Nationalsozialisten gerichtet. "Hallo, Hitler, wie ist es mit den Notverordnungen?", ist der Text des einen Flugblattes. Ein zweites leuchtet in den nationalen Korruptionssumpf hinein, ein drittes wirft die entscheidende Frage auf: "Junker-Preussen oder Arbeiterpreussen?" "Wer trägt die Bauernpolitik?" fragt ein zwanzigstes Blatt die Landwirte, und zählt alles auf, was das neue Preussen für die Landwirtschaft getan hat. Andere Flugblätter verzeichnen in ironischen Versen und Bildern die Heldentaten der Nazis. Es folgen Flugblätter für die einzelnen Berufsgruppen und Gewerbe bis zu den Sportlern und Kriegsbeschädigten. Treppauf, treppab rennen unermüdliche Werber, in Kolonnen ziehen sie viele Kilometer weit von den Städten in die Dörfer. Trotz Terror und Beschimpfungen lassen sie es sich nicht nehmen, die Bevölkerung aufzuklären. Dass dabei auch den Kommunisten nichts geschenkt wird und dass auch dieser sogenannten revolutionären Partei, diesen Zuträgern des Herrn Hitler nichts erspart und der Spiegel vorgehalten wird, versteht sich von selbst. Ausser mit Flugblättern wird die Agitation durch besondere Wahlzeitungen unterstützt. In fast allen Bezirken wird während der Wahlzeit, gut illustriert und mit schlagkräftigem Text versehen, den Lesern in zusammengedrängter Form ein Bild der sozialdemokratischen Aufbauarbeit gegeben. Neben diesen Wahlzeitungen der Bezirke, verschickt die Zentrale der Partei in Riesenaufgaben Sonderzeitungen. Keine Berufsgruppe, und keine Stempelstelle von der "Scholle" für Siedler und Kleinbauern bis zur "Erwerbslosentribüne" ist vergessen.

#### Das Referenten-Material.

Um den Referenten die Aufgabe zu erleichtern, sind auch sie mit einem Wahrüstzeug ausgestattet, das notwendig geworden ist, um den von einem einzigen Menschen kaum erfassbaren Lügen der gegnerischen Diskussionsredner an Ort und Stelle mit schlagkräftigem Material begegnen zu können. Zugleich gibt das Referentmaterial die Möglichkeit, die Männer und Taten der gegnerischen Partei zu beleuchten. Ein umfangreicher Band von annähernd 140 Seiten: "Preussenwahl 1932", enthält eine Zusammenstellung der Tätigkeit der sozialdemokra-

tischen Fraktion des Preussischen Landtags. In knapper Form findet hier die ungeheure Arbeitsleistung der sozialdemokratischen Abgeordneten, der Minister und Beamten ihren Niederschlag. Ein Beweismaterial für den Kampf um den Auf- und Ausbau des Staates, um die Sorge um das Wohl der arbeitenden Klassen und deren Aufstieg, um die Förderung der Kultur und der Volkswohlfahrt, des Wohnungsbaues, der Jugend, der Frau und des Arbeiterschutzes, wie es besser und schlagkräftiger nicht gedacht werden kann. Was in diesem Band ausführlich dargestellt ist, wird noch einmal in verschiedenen gedruckten Rededispositionen vereinfacht, um auch dem letzten Referenten die Möglichkeit zu geben, klar und einfach die Sache der Sozialdemokratie darzustellen. Nicht zu vergessen die Kuttner'sche Broschüre "Otto Braun", die in volkstümlicher Form den Lebensweg eines Sohnes des Volkes schildert und im wohlthuenden Gegensatz steht zu den byzantinischen Beweisränderungen, die der Osaf Schücklgruber in tausend Artikeln und kostbarsten Büchern auf eignen Befehl herstellen lässt.

#### Massenaufgabe von Broschüren - 100 000 Versammlungen.

Wir sind noch nicht zu Ende. Massenaufgaben von Broschüren sind erschienen, die sich vor allem an die Frau, an die Landarbeiter, an die Jugend und gegen den Terror von Kommunisten und Nationalsozialisten wenden. Millionen von Klebezetteln sind da, die in wenigen Schlagworten die sozialdemokratische Parole jedem Vorübergehenden zurufen. Sprechen wir hier nicht von der Versorgung der bis in das letzte Dorf hineindringenden Parteipresse mit Artikeln, Bildern und Zeichnungen, mit Gedichten und Schlagzeilen, um nur wenige Gebiete herauszugreifen. Fassen wir diese in groben Zügen angedeutete Arbeit in die wenigen Zahlen zusammen: dass von der Parteizentrale in Berlin bereits vor Wochen 5 000 riesengrosse rote Transparente mit Bildern Otto Brauns verschickt worden sind; dass die sozialdemokratische Partei für diesen Wahlkampf nicht weniger als 100 000 Versammlungen organisierte und durchgeführt hat und dass allein in Berlin eine Million Menschen diese Versammlungen besucht haben. Von Provinz zu Provinz ist Otto Braun, sind Severing, Wels, Crispian, Vogel, Scheidemann, Löbe, Breitscheid und wie sie alle heissen, geeilt und wo unsere führenden Freunde ankamen, waren die Kundgebungen derart überfüllt, dass noch Parallelversammlungen veranstaltet werden mussten. In jedem Ort mindestens eine Versammlung war die Parole, und sie ist restlos durchgeführt worden. So in Preussen, so in Bayern, so in Württemberg, in Anhalt und überall, wo am 24. April die Entscheidung fallen soll.

#### Alles für das Volk.

Unermüdlich jagen unsere namenlosen Helden, die Männer und Frauen, Jugend und Alter von Haus zu Haus, von Ort zu Ort. Kein Abend gehört der Familie. Jede freie Stunde und selbst die Nacht sind der Sozialdemokratie und dem Volke widmet und geopfert, trotz Not und Arbeitslosigkeit. Von den Siedlungshäusern, aus den Fenstern der Mietkasernen wehen die roten und die schwarz-rot-goldenen Fahnen. Kolonnen ziehen über die Landstrassen, eilen in die Dörfer, und unsere Propagandawagen mit Liedern und Lautsprechern dringen bis in das entlegenste Dorf Massuriens. Keine Anforderung, keine tätliche Bedrohung gegen Parteifreunde und Reichsbannerkameraden schreckt die begeisterten Helfer zurück. Das Reichsbanner bahnt ihnen den Weg, stellt sich wie lebendige Mauern in die Versammlungslokale und vor die Redner:

Das ist unsere Arbeit und das ist der Ruhm der grossen

=====

stolzen Sozialdemokratie!

=====

-----

# Glossen

ERSCH E I N T N A C H B E D A R F

## Adolf und das Volk.

SPD. Adolf der Einzige wird am Tag zwei Dutzend mal photographiert. Jede seiner Verrichtungen wird von einem byzantinischen Photographen im Bilde festgehalten. Es wundert uns nur, dass wir noch keine Bilder gesehen, wie er sich an stillen Orten bei intimen Gelegenheiten benimmt!

Selbstverständlich wird er besonders bei jeder Rede, die er hält, geknipst. Diese Bilder von Adolfs Reden sind immerhin lehrreich. Nicht wegen seines Aussehens und seiner Gesten wegen, die von ihm und seinen mangelnden Qualitäten so viel verraten, sondern wegen seiner Beziehungen zum Volk. Er hat im Wahlkampf in grossen Kundgebungen gesprochen. Und auf allen Bildern, die man davon sieht, beobachtet man immer wieder dasselbe: Adolf wird vom Volk durch einen breiten Raum oder durch eine Balustrade oder eine Schutzwehr getrennt. So war es als er im Lustgarten in Berlin sprach. Da stand er auf der Schlossrampe, und um ihn herum Schutzkommandos, so war es wieder in Beuthen und in anderen Kundgebungen.

Sollte Adolf ängstlich sein und weswegen? Als er in Königsberg im Haus der Technik gesprochen hatte, verliess er das Haus durch den hinteren Notausgang. Durch ein Spalier von 30 baumstarken SA=Leuten und ausserdem noch Schutzpolizisten eilte er mit hochgeschlagenem Mantelkragen und gesenktem Kopf zum Auto. Was mag in ihm vorgehen, was bildet er sich ein? Fürchtet er sich vorm Volk? Geht es ihm wie dem russischen Zaren, der immer ein dichtes Spalier von Polizisten um sich herum haben musste?

Diese Kundgebungsbilder sind deshalb sehr lehrreich für die Mentalität Adolf Hitlers, für die Vorgänge, die sich in seinem Gehirn vollziehen, wie für die Veränderungen!

## Parteibuchbeamte.

Das beliebteste Schaustück der reaktionären Hetze gegen die Sozialdemokratie ist das Geschrei über die Parteibuchbeamten. Selbstverständlich hat die Sozialdemokratische Partei dafür Sorge getragen, dass fähige Männer ihre republikanische Zuverlässigkeit durch die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei gezeigt haben, in verantwortliche politische Aemter gekommen sind! Früher war es allerdings anders, früher wurde man höherer Beamter nur dank der Zugehörigkeit zu einem feudalen studentischen Korps. Soll dieser herrliche Zustand wiederkehren? Wer über Parteibuchbeamte sich aufregt, zeigt nur die Unzufriedenheit damit, dass die Vorrechte des Feudalismus heute gebrochen sind.

Das Geschrei über die Parteibuchbeamten berührt deshalb die Sozialdemokratie nicht. Am allerwenigsten, wenn es von Nationalsozialisten ausgeht! Denn die Beamtenpolitik der Nationalsozialisten ist von ganz besonderer Art. Sie werben unter den Beamten für ihre Partei. Sie verlangen von ihnen nicht nur den Erwerb der Parteimitgliedschaft, sondern zugleich, dass dafür kräftig bezahlt wird. In der Regel verlangen sie 10 Mark Eintrittsgebühr und 10 Mark für den Kampffonds. Der Monatsbeitrag beträgt 2,50 Mark. Es wird den Beamten dabei vorgestellt, dass, wenn sie zwei Jahre rückwirkend Beiträge zahlen, sie auf die Dringlichkeitsliste gesetzt werden. Man erzählt den Beamten, dass jeder, der auf dieser Dringlichkeitsliste steht, beim Anbruch des Dritten Reiches sofort befördert wird oder eine leitende Stellung erhält. Mit anderen Worten: Man sucht diesmal wirkliche Parteibuchbeamte, man bereitet ganz im stil-

len einen regelrechten Aemterkauf fürs Dritte Reich vor!  
Und das redet von sozialdemokratischen Parteibuchbeamten!

Gold gab ich für Goebbels.

---

In einem nationalsozialistischen Flugblatt, in dem zu Beiträgen für die sogenannte Preussenspende für die Nationalsozialistische Partei aufgefordert wird, finden wir den folgenden prachtvollen Satz:

"Nehmt Euch jenen arbeitslosen Volksgenossen zum Beispiel, der die Zusammenhänge klar erkannte und bei der Amtswaltertagung seinen eigenen Trauring vom Finger zog und ihn Dr. Goebbels gab, weil ihm Geldmittel nicht zur Verfügung standen."

Also: Gold gab ich für Goebbels. Nun warten wir nur noch auf die Geschichte von dem blonden deutschen Mädchen, das nichts besass als ihr langes blondes Haar, und das, um auch etwas zu spenden, sich die Zöpfe abschnitt und sie als Preussenspende auf den Altar des Herrn Goebbels niederlegte!

Ganz im stillen aber fragen wir uns: Hat Herr Goebbels ebenfalls seinen Trauring auf dem Altar der Preussenspende niedergelegt? Hat er seine neu angeheirateten Güter hypothekarisch beliehen, seinen Mercedeswagen verkauft, um zur Preussenspende der Nazi-Partei beizutragen?

Im kleinen wie im grossen!

---

Im Grossen sind rund 500 000 Kommunisten beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl glatt zu Hitler übergelaufen. Sie haben jenem Kommunisten nachgejagt, die von Rot Front zu Hitlers S.A. gegangen sind, und Hitler die Rekruten gestellt haben.

Im kleinen gehen Kommunisten mit den Nazis an allen Ecken und Enden Arm in Arm. In Bartenstein in Ostpreussen fehlte bei einem Fussballspiel den Leuten von Rot Sport der elfte Mann. Man war nicht in Verlegenheit um Ersatz: Hitlers S.A. stellte ihn prompt und willig, so dass die Mannschaft von Rot Sport mit einem elften Mann antrat, der das Hakenkreuz auf dem Sporthemd zeigte.

Das ist kein lokaler Einzelfall! Zur selben Zeit erfährt man aus Merzhausen in Baden, dass dort Kommunisten in einem bürgerlichen Sportverein zu einem Fussballwettkampf mit einer Nazimannschaft antraten, und dass nach beendetem Spiel Kommunisten und Nazis friedlich und buchstäblich Arm in Arm nach Hause gingen.

Da berührten sich tatsächlich die Extreme, und man sieht, wie gering der Unterschied zwischen der Hitlerei und dem Kommunistenklamauk geworden ist!

Einfach aber richtig.

---

Wir lesen in einer Münchener Zeitung: In der Menge, die das Einschreiten der Polizei vor dem Braunen Haus beobachtete, standen zwei Frauen, von denen die eine zur anderen sagte: Früher habe ich auch für die Hitlerpartei Sympathie gehabt. Doch muss man es in der eigenen Familie erlebt haben, wie diese Partei die Jugend verhetzt. Mein Sohn ist auf den Vater mit dem Messer losgegangen. So wird der politische Hass in die Familien getragen. Seitdem habe ich für Hitlers nichts mehr übrig."

Das ist einfach gedacht, dafür aber richtig, und wir wünschen nur, dass diese Frau sehr viele Nachahmerinnen findet!

---

# aus aller Welt

Täter unbekannt...

Das tragische Ende eines Schriftstellers - Skuffi, der Oskar Wilde der Griechen -  
Aus den Mysterien der Pariser Unterwelt.

SPD. Paris, Ende April (Fig. Ber.)

Der Grieche Alexander Skuffi war der Stolz seines Vaterlandes, ein gelehrter Ramancier, Held vieler Träume, Mittelpunkt zahlreicher gesellschaftlicher Veranstaltungen; man hörte auf seine Worte, viele wurden als Bonmots weiterkolportiert. Er war reich. Ihn umschwebte der Nimbus der Romantik. Er war elegant, Typ des "schönen Mannes", er sah noch jung aus trotz seiner fünfzig Jahre. Er hätte sterben können, wie man ihn zu Lebzeiten verehrte: als gefeierter Mann, als Schriftsteller von Ruf; zahllose Verehrer wären seinem Sarge gefolgt. Es ist anders gekommen. Man hat ihn ermordet, auf geheimnisvolle Weise getötet; die Einzelheiten, die man aus diesem Anlass hört, nennt man in den Kreisen der oberen Zehntausend einen "grossen Skandal".

Alexander Skuffi war der Oskar Wilde des Landes der Hellenen; seit Jahren lebte er in Paris. In seinen Büchern beschreibt er ausgiebig und nicht talentlos, die Reize abnormer Neigungen. Die Bücher - ihr Milieu ist zumeist die Unterwelt - führen sehr bezeichnende Titel; eins heisst "Versuchung", ein anderes "Die Geheimnisse eines möblierten Hotels"; das Buch "Besessenheit" ist in Versform abgefasst. Die Bände wurden in viele Sprachen übersetzt, überall erregten sie Neugier und Aufsehen, nicht zuletzt - bei der Zensur.

In Paris spielte Skuffi in mondänen Kreisen eine hervorragende Rolle. Er war verwandt mit dem griechischen Botschafter; er besass ein beträchtliches Privatvermögen, das aus den wachsenden Einkünften aus seinen Büchern ständig vermehrt wurde. Aber in Wirklichkeit führte der Dichter ein regelrechtes Doppelleben. Auf den Rennplätzen, in den Casinos und in den Salons der Diplomaten war er ebenso zu Hause wie - in den düstersten Lokalen der Pariser Unterwelt. Wo lag der Schwerpunkt seines Daseins? Vermutlich in den Kreisen, in denen seine morbiden Erzählungen spielten. Die Unterwelt hatte Besitz von ihm ergriffen. Sie liess ihn nicht mehr los. Und aus ihr kam die tödliche Kugel, die auf überraschende, bis heute noch nicht geklärte Art dieses Leben endete.

Im teuersten Teil von Paris besass Alexander Skuffi eine elegante Wohnung. Eines Abends gegen neun Uhr hörten die Nachbarn im Heim des Schriftstellers eine lebhaftere Auseinandersetzung. Plötzlich ertönte ein Schuss. Wenige Minuten später öffnete sich die Tür des Hauses, und ein junger Mann lief eilig fort, bevor man ihn ergreifen konnte. Die Polizei fand den Dichter in seinem Blute. Nicht das geringste war aus der Wohnung entfernt. Geld war nicht geraubt.

Und die Motive der Tat? Die Polizei hat das Rätsel nicht lösen können; die Nachforschungen sind am toten Punkt angelangt. Der junge Mann, der die Wohnung fluchtartig verlassen hatte, konnte nicht ermittelt werden.

Die Sekretärin des Ermordeten sagte über die Besucher aus, die Skuffi oft empfing. Es waren Besucher sonderbarer Art: Männer in blutrotem Schal, junge Burschen mit verwegenen Mienen, junge und alte Prostituierte, die alle wie gute Freunde in der vornehmen Wohnung aus und ein gingen. In den vornehmen Salons von Paris findet man diesen "Verkehr" empörend, und - plötzlich bedauert man es, den berühmten Dichter lange Jahre hindurch mit Thren überhäuft zu haben; man schämt sich sein Freund gewesen zu sein; am liebsten möchte ihn niemand mehr kennen. Ende eines grossen Ruhms...

Engler verschollen. Der 31jährige Hapag=Kapitän Engler, der am 14. Oktober von Lissabon aus mit einem Faltboot zur Ozeanüberquerung startete, ist verschollen. Seit dem 20. November hat man nichts mehr von Engler gehört oder gesehen. Vermutlich fand er wie sein Vorgänger Romer, der in einen Tornado geriet, den Tod in den Wellen.

+ + +  
Wilderer aus Not. Vom Gericht in Eisenach wurden zwei Arbeiter, die in einem Forst bei Mihla beim Wildern überrascht worden waren und sich durch mehrere Schüsse der Ergreifung zu entziehen versucht hatten, zu 1,2 Jahren und zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Beide Verurteilte sind seit langem arbeitslos; der eine von ihnen, Vater von zwei Kindern, erhält 13 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Ein Satz aus der Verhandlung charakterisiert die Gemütsverfassung der Angeklagten: "Wenn ich doch nur erst einmal Arbeit hätte, damit ich wenigstens den ganzen Tag beschäftigt wäre."

+ + +  
40 000 Teufelsanbeter! Die Wiener Polizei ist einer seltsamen "Religion" auf der Spur: ein gewisser Dr. Franz Sättler, der sich der grösseren Würde wegen "Oberpriester Musallam" nannte, gewann nach und nach in allen Teilen der Welt nicht weniger als 40 000 "Teufelsanbeter" und verkaufte ihnen zu beträchtlichen Preisen Talismane und Horoskope. Als die "Teufelsanbeter" trotz ihres kultischen Besitzes zu keinem nennenswerten Glück kamen, erstatteten sie Strafanzeige. Die Polizei konnte nur die Sekretärin des Oberpriesters verhaften. Sättler-Musallam selbst ist über alle Berge.

+ + +  
Unterschlagung für Grabschmuck. Vom Schöffengericht Berlin=Mitte wurde ein 55jähriger Oberpostschaffner wegen Amtsunterschlagung und Urkundenbeseitigung zu neun Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Oberpostschaffner hatte aus Wertbriefen 200 Mark gestohlen und für dieses Geld Blumen für das Grab seines vor Jahresfrist verstorbenen Sohnes gekauft. Das Gericht beriet an dem Urteil sehr lange. "Gewinnsüchtige Ansicht" und "Notlage" wurden verneint.

+ + +  
Alpentod. Am Monte Rosa (Walliser Alpen) verunglückte ein Tourist tödlich durch Sturz in eine Felsspalte.

+ + +  
Arbeitslosentragedie. In Bergedorf bei Hamburg schieden drei Brüder an drei aufeinanderfolgenden Tagen durch Freitod aus dem Leben. Die jungen Männer waren 20, 25 und 28 Jahre alt. Zwei von ihnen waren seit längerer Zeit erwerbslos; der dritte hatte noch eine Stellung, wollte aber den Tod seiner Brüder nicht überleben.

+ + +  
Wirbelsturmkatastrophe. Die Stadt Clanchito auf Honduras wurde durch Wirbelsturm zerstört. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen. Fast die gesamte Bevölkerung von Clanchito ist obdachlos geworden.

+ + +  
Arba=Urteil. Vom Schöffengericht Berlin=Charlottenburg wurde der 22jährige Artist Arba, der in der Nacht zum 8. Januar in erwiesener Notwehr den Kaufmann Joseph Gerl in einer Strasse des Berliner Westens erschossen hat, wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Drohung zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Arba hatte in Wien das Ehepaar Gerl kennengelernt. In Berlin wollte sich der Angeklagte mit Frau Gerl, die von ihrem von ihr getrennt lebenden Manne verfolgt wurde, treffen. Hierbei wurde Arba von Gerl überrascht und angegriffen.



Hitler und der Arbeitsmarkt.

-----  
Die neuen Arbeitslosenziffern.

SPD. Der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage ist wenig erfreulich. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Zug der jahreszeitlichen Entwicklung in der ersten Aprilhälfte um etwa 100 000, seit Mitte März um rund 200 000 zurückgegangen. Am 15. April waren bei den Arbeitsämtern rund 5 934 000 Arbeitslose gemeldet. Der Saisonbeginn brachte in den Aussenberufen eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen um rund 138 000, während in den anderen, überwiegend von der Konjunktur abhängigen, Berufsgruppen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist und zwar insbesondere in den Berufen des Spinnstoffgewerbes, der Metallindustrie, und der häuslichen Dienste sowie bei den Angestellten. Ausserdem bleibt zu beachten, dass die Bestandszahl der Arbeitslosen im gegenwärtigen Zeitpunkte durch den erheblichen Zugang von Ausgelerten und Schulentlassenen beeinflusst sein muss, bei denen angesichts der anhaltenden Ungunst eine Aufnahme in die Wirtschaft nicht in vollem Umfange stattgefunden hat.

Die Arbeitsaufnahme in den Saisonberufen hat sich für die Entlastung der Arbeitslosenversicherung stärker ausgewirkt als für die Gestaltung des Arbeitsmarktes, sodass seit Anfang April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 231 000 und rund 1 347 000 am 15. April zurückgegangen ist. Diese Entwicklung ist zum Teil auch auf die wachsende Zahl der Aussteuerungen nach Ablauf der Unterstützungsdauer zurückzuführen. Auch in der Krisenfürsorge ist zum ersten Mal seit etwa Jahresfrist ein Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen und zwar um rund 23 000 auf rund 1 721 000.

Was besagen die Ziffern der Reichsanstalt? Wir haben wohl eine spürbare Saisonentlastung, allein diese Entlastung ist dies Jahr viel schwächer als in den vergangenen Jahren. Sonst hatten wir eine Frühjahrsentlastung von etwa 370 000 bis 400 000, dieses Jahr erst einmal die Hälfte davon.

Der Hauptgrund für die schwächere Entlastung liegt im Zusammenbruch des Baumarktes. Vor zwei Jahren wurden etwa sieben Milliarden in der Bauwirtschaft investiert, im vergangenen Jahr nur noch vier, und in diesem Jahr kann man nach den Schätzungen des Konjunkturforschungsinstituts nur noch mit zwei Milliarden rechnen. Der Stillstand auf dem Baumarkt greift naturgemäss auch auf die Gewerbebranche über, die in erster Linie die Bauindustrie beliefern. Ein belebender Anstoss von Seiten der Industrie ist in diesem Jahr nicht zu erwarten, und ebenso ist bei den öffentlichen Bauten, jedenfalls im Augenblick, keine Belebung zu entdecken, da die Kassen des Staates leer sind. Nur die Instandsetzungsarbeiten dürften vielleicht dem Baugewerbe ein klein wenig Atem geben.

Zu dem Stillstand auf dem Baumarkt kommt ein weiterer Rückgang der Ausführung. Er tritt in den letzten amtlichen Märzahlen deutlich in Erscheinung. Noch schlimmer aber als diese von aussen her beeinflusste Lähmung des Arbeitsmarktes ist seine Lähmung von innen. Bei den Verbrauchsgüterindustrien macht sich ein fühlbarer Stillstand bemerkbar. Die Ursache dafür liegt nicht mehr in der Lohnsenkung - diese hat sich zum grössten Teil bereits ausgewirkt -

sondern in der politischen Unruhe, die Deutschland der Hitlerbewegung verdankt. Der Hitlerklamauk hat zu vielen Leuten den Kopf verdreht. Zu viele bilden sich ein, sie brauchten, wenn Hitler an die Macht kommt, ihre Schulden nicht mehr zu bezahlen. Zu viele glauben, dass Hitler grosse Steuererleichterungen bringt. Diese und ähnliche Hoffnungen führen zur Zurückhaltung der Käufer und lähmen so den Arbeitsmarkt auch noch dort, wo eine solche Lähmung sehr gut vermieden werden könnte.

Hitler ist ein Unglück für den Arbeitsmarkt! Das gilt vor allem auch, wenn man die Frage aufwirft, was die nächsten Wochen und Monate bringen werden. Dass eine Entlastung, wie wir sie noch im Vorjahr bis zum Sommer hatten, dieses Jahr nicht zu erwarten ist, steht heute schon fest. Im Vorjahr hatten wir von Mitte bis Ende April noch eine Entlastung von rund 270 000 Arbeitslosen zu verzeichnen - und von Mitte April bis Juni einen Rückgang von etwa 600 000. In diesem Jahr haben wir alles in allem vielleicht auf einen Rückgang um 500 000 bis 600 000 zu rechnen, während in den Vorjahren die Gesamtentlastung etwa eine Million betrug. Von Amerika aus haben wir uns auf einen neuen Stoss gegen unseren Arbeitsmarkt gefasst zu machen, weil drüben Staat und Wirtschaft sich jetzt ernsthaft um die Versorgung der Arbeitslosen bemühen müssen, da die charitativen Hilfseinrichtungen, die bisher die Arbeitslosen versorgten, am Ende ihrer Kraft sind. Die Folge ist, dass drüben eine neue Schwächung der Kaufkraft eintritt, und diese Schwächung muss bei der engen Verbundenheit unserer Wirtschaft mit der von USA selbstverständlich auch auf unseren Arbeitsmarkt zurückwirken. Vielleicht ist von der Befestigung des englischen Pfundes demgegenüber wieder eine gewisse Erleichterung zu erwarten. Wie dem aber auch sein mag, eins steht mit aller Klarheit fest: Deutschland braucht Ruhe, wenn es einer neuen gefährlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt vorbeugen will. Ohne gefestigte politische Verhältnisse sind die Voraussetzungen für eine Entlastung des Arbeitsmarkts nicht zu schaffen. Ohne Ordnung im Innern ist keine Erleichterung oder finanzielle Hilfe von aussen zu erwarten und ebenso keine Arbeitsbeschaffung mit rein deutschen Mitteln möglich.

Wir brauchen Ordnung und Ruhe in Deutschland. Sie ist nur dann möglich, wenn nicht nur in Süddeutschland, sondern vor allem in Preussen eine Regierung am Ruder ist, die eine Garantie gegen Mord und Totschlag bietet. Diese Regierung kann nur die Regierung Braun-Severing sein. Unter ihrer Führung war Preussen in den letzten zehn Jahren wiederholt in sehr stürmischen Zeitläuften die Ordnungszelle und der Halt des Reiches. Ohne diese Ordnungszelle kein Schutz gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Das Preussen Otto Brauns gibt noch am ehesten Brot. Ein Hitlerregiment bedeutet nur Vermehrung des Hungers. Man braucht wirklich nicht Sozialdemokrat zu sein, man braucht nur ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen zu sein, um am kommenden Sonntag für Braun-Severing, für Liste 1 zu stimmen.

SPD. Die Ankündigung des Reichsarbeitsministers auf dem Krisenkongress der Freien Gewerkschaften, dass nunmehr an die Verkürzung der Arbeitszeit herangegangen werden müsse, hat bei den Arbeitgebern starkes Unbehagen hervorgerufen. Der neue Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung, Dr. Köttgen, hat am Donnerstag in seiner Antrittsrede ausdrücklich erklärt, dass von den Arbeitgebern neue Eingriffe des Staates in die Arbeitszeit, wie sie auf dem Krisenkongress angedeutet worden seien, abgelehnt werden müssten.

Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums wird nach wie vor von der Auffassung bestimmt, dass eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung nur nach einer Stabilisierung des Lohns möglich sei. Beides: Lohnkürzung und Arbeitszeitverkürzung sei ein Ding der Unmöglichkeit. Die Lohnkürzung ist aber leider

noch immer nicht abgeschlossen; denn es schwebt noch der sogenannte Restlohnabbau. So schreibt der "Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst", der dem Reichsarbeitsminister nahe steht, dass die letzte Entscheidung in der Arbeitszeitfrage wesentlich von dem Ausgang der schwebenden Tarifverhandlungen beeinflusst werde. Wenn das Ergebnis der Tarifverhandlungen zeige, dass entgegen der Annahme des Reichsarbeitsministeriums das Gehalts- und Lohnniveau noch nicht stabilisiert ist, dann werde die Reichsregierung bei ihrer alten Ansicht beharren, dass eine weitere Lohn- und Gehaltskürzung durch Arbeitszeitverkürzung den Arbeitnehmern nicht zugemutet werden könne. Auch über die Form der Arbeitszeitverkürzung: ob eine generelle Verkürzung für Arbeiter und Angestellte und für sämtliche Gewerbebezüge auf 40 Stunden erfolge oder ob die Arbeitszeitverkürzung elastischer unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Gewerbebezügen durchgeführt werde, sei noch nicht entschieden.

Danach hänge es also vom Ausgang der noch schwebenden Tarifverhandlungen ab, ob eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung kommt oder nicht. Wird bei dem beabsichtigten Restlohnabbau zu happig abgebaut, dann können die Arbeitgeber worauf schon das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften aufmerksam gemacht hat, erklären, dass alsdann die Löhne in den anderen Gewerben im Verhältnis zu den gesenkten Binnenmarktlöhnen zu hoch seien. Dann könnte das Spiel des Lohnabbaus wieder von vorn beginnen und aus der Arbeitszeitverkürzung würde nichts.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung kann man doch unmöglich die letzte Entscheidung in die Hand der Schlichter oder gar der Arbeitgeber legen. Das ist auch die Auffassung des "Deutschen", der Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften. Das Blatt sagt: "Ob die Annahme des Reichsarbeitsministeriums seine Bestätigung findet oder nicht, hängt doch schliesslich wesentlich vom Arbeitsministerium selbst ab. Wir sind der Ansicht, dass der Einfluss des Ministeriums stärkstens dafür eingesetzt wird, dass die Stabilisierung Tatsache wird. Es kann doch schliesslich nicht so gehen, dass das RAM "annimmt" und das Arbeitgebertum nimmt. Nach den wiederholten Erklärungen verantwortlicher Reichsminister muss angenommen werden, dass, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht grundlegend ändern, mit dem Lohn- und Gehaltsabbau endgültig Schluss gemacht wird. Damit muss vor allem auch dann Schluss gemacht werden, wenn der Gedanke einer Arbeitszeitverkürzung auf dem Verordnungswege ernstlich erwogen wird."

-----

SPD. Die Rechtspresse verbreitet allerhand Gerüchte, wonach auf Veranlassung der Zentrale des Einheitsverbandes der Eisenbahner im ganzen Reich Besprechungen und Versammlungen zur Mobilisierung der Unterführer und Mitglieder des Verbandes stattgefunden haben sollen. An die Gerüchte wird die Vermutung geknüpft, dass diese Mobilisierung zum Zweck der Vorbereitung illegaler Handlungen (u.a. Sabotageakte) erfolgt sei. Hierzu veröffentlicht der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands folgende Erklärung:

"Es ist unwahr, dass von Seiten des Hauptvorstandes des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands solche oder ähnliche Anweisungen ergangen oder geduldet worden sind. Der Verband steht fest auf dem Boden der Reichsverfassung, so dass sich solche oder ähnliche Massnahmen erübrigen. Zum Schutze der Reichsverfassung wird der Verband erforderlichenfalls seinen Einfluss in legaler Weise geltend machen. Im übrigen beschränkt sich die Tätigkeit des Einheitsverbandes allein auf die Erledigung gewerkschaftlicher Aufgaben.

Hieraus ergibt sich, dass die Beteiligung an illegalen Bestrebungen und Bürgerkriegsvorbereitungen ausserhalb des Tätigkeitsgebietes des Verbandes

des liegt, so dass eine Beteiligung der Mitglieder des Verbandes für solche Aufgaben nicht in Frage kommt.

In einigen Zeitungen wird darauf hingewiesen, dass ein Gewerkschaftssekretär in Stolp, der u.a. im "Fränkischen Kurier" als Reichsgewerkschaftssekretär bezeichnet wird, sich in der genannten Art geäußert habe. Wir glauben nicht, dass hiermit ein Angestellter unserer Organisation gemeint ist, da solche Äußerungen den Tatsachen widersprechen würden.

Berlin, den 21. April 1932.

Einheitsverband der Eisenbahner  
Deutschlands  
Der Vorstand."

SPD. In Ostdeutschland haben es die Naziagitatoren vor allem auf den Landarbeiter abgesehen. Sie hetzen daher neuerdings mit Vorliebe gegen den Deutschen Landarbeiterverband und seinen Vorsitzenden Georg Schmidt. Von diesem behaupten sie, er sei in der preussischen Nationalversammlung dagegen gewesen, dass die Landarbeiter als Schwerarbeiter betrachtet werden; er soll gegen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Forstarbeiter gewesen sein und ähnlichen Quatsch mehr. Wer Georg Schmidt ist, und was er für die Landarbeiter geleistet hat, darüber wissen die Landproletarier in Ostelbien vielleicht besser Bescheid als die Naziagitatoren. Neben Otto Braun, dem preussischen Ministerpräsidenten ist Georg Schmidt der Mann, der dem Landproletariat in Ostelbien nicht nur den Achtstundentag erkämpft, sondern überhaupt den Weg freigemacht hat, auf dem die Landarbeiter sich aus Unfreiheit und Elend herausarbeiten können. Otto Braun und Georg Schmidt sind für die Landarbeiter Freunde in der Not gewesen und sind es heute noch. Die Freunde der Nationalsozialisten dagegen sind die Grossgrundbesitzer, und daher sind die Junker ja auch so stark in der Hitlerpartei vertreten.

Was haben denn die Grossgrundbesitzer, Hitlers Freunde, für den Landarbeiter getan? Können die Nationalsozialisten einen ihrer Grossgrundbesitzer nennen, der sich in der Vorkriegszeit gegen die Gesindeordnung einschliesslich der Prügelstrafe für ländliche Arbeiter eingesetzt hat? Wer von den nationalsozialistischen Grossgrundbesitzern hat sich im Vorkriegspreussen um die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts bemüht? Wer von den Nazi-Grossgrundbesitzern hat sich um den Achtstundentag der Forstarbeiter ein Verdienst erworben? Warum wird für die Landarbeiter von den Nazis (siehe deren parteiamtliche Schrift Nr. 17 Seite 25) die zehnstündige Arbeitszeit und keine achtstündige gefordert? Wer von den Grossgrundbesitzern ist bereit, mit den Landarbeitern Tarife abzuschliessen auf der in der erwähnten Parteischrift der Nazis Nr. 17 skizzierten Grundlage, wonach ein Barlohn von etwa 2 000 Mark im Jahre herauskommen müsste? Wer von den Grossgrundbesitzern ist bereit, dem Landarbeiter eine Wohnung zu geben, wie sie die Nazis versprechen?

Damit diese Fragen nicht so schwer zu beantworten sind, nennen wir verschiedene nationalsozialistische Grossgrundbesitzer, die für einige dieser Fragen besonders zuständig sind: Kronprinz Wilhelm, Grossgrundbesitzer in Schlesien, nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter Schneider-Eckersdorf/Schlesien, nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter von Corswant, Kreis Greifswald/Pommern, Besitzer von 2 000 Morgen Land; Fürst von Eulenburg-Hertefeld, Provinz Brandenburg, 18 000 Morgen Land; Freiherr von Strahlenheim-Kreis Northelm/Hannover, 2 700 Morgen Land; Freiherr von Buttlar, Ostpreussen, 5 500 Morgen Land, Reinhard Haeger, Kreis Belgard/Pommern, 520 Morgen Land; Schmidtsdorff, Kreis Köslin in Pommern, 900 Morgen Land.

Die Landarbeiter kennen diese Hintermänner der Nazis und eben deswegen kann für sie bei der Preussenwahl die Parole nur lauten: Preussenregierung Braun-Severing!



## Wen wählt der Mittelstand?

### Konsumentennot ist Mittelstandsnot.

SPD. Die Wähler der Nationalsozialistischen Partei setzen sich zum weitest aus grössten Teil aus Kreisen des gewerblichen Mittelstandes zusammen. Die Ursache dafür ist in der wirtschaftlichen Umwälzung zu suchen. Man vergisst im Mittelstand allzu sehr, dass wir einen Weltkrieg und eine Inflation hinter uns haben. Gerade die Inflation bedeutet für den Mittelstand vielfach eine Enteignung auf kaltem Wege. Der Mittelständler wurde über Nacht seiner vielfach mühselig erdachten und erarbeiteten Rücklagen beraubt, aus denen er in früheren Krisenzeiten zu schöpfen vermochte. Das Lebenswerk oft mehrerer Familien generationen sank durch Inflation und Krieg daher.

Der Mittelstand aber erwartete Rettung von der Politik. Es kam zur Gründung von Splitterparteien, Interessentengruppen und Verbändchen, die sich nur kurzer Lebensdauer erfreuten. Alles ein vergeblicher Versuch, Verlorenes wieder zu gewinnen. Ueberreste jener Gründungsperiode sehen wir z.B. noch in der Winter-Kandidatur gelegentlich der Hindenburgwahl, in jener Sekte, die der "Vereinigung zum Schutz ehemaliger Besitzer brauner Tausender" entsprang. Sicherlich ist das ein erschütternder Beweis für die wirtschaftliche und politische Hilflosigkeit des Mittelstandes.

Die Inflation, die den Mittelstand enteignete, war zugleich der Wegbereiter für das Abgleiten früher gesicherter selbständiger Existenzen in immer tiefere Abhängigkeit vom Grosshandel, von den Konzern- und Finanzgewaltigen. Der Mittelstand wurde schonungslos dem Monopolkapitalismus ausgeliefert. In diesem Umschichtungsprozess, schonungslos und brutal, fällt die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Sie lässt den "kleinen Mann" alle Bitternisse in ungeahnter Schärfe bis zur Neige auskosten. Grenzenlose Verzweiflungsstimmung bemächtigt sich der Mittelstandskreise. Der Mittelständler flucht heute dem "System". Er meint damit die Republik und begreift nicht, dass es sich um Wirtschaftsordnung handelt, dass der Kapitalismus ihn zum Besitzlosen gemacht hat. So wurde der Mittelstand reif für eine Politik der Unvernunft. Der Nationalsozialistischen Partei, der Partei der Junker und Schwerindustriellen, war die Not des Mittelstandes gut genug, um ihr Parteistüppchen daran zu kochen. Auch dem Mittelstand verkündete man die "Rettung im Dritten Reich".

Der Verzweifelte ist immer leichtgläubig. Und so konnte die Nationalsozialistische Partei dem Mittelstand verschiedenes servieren, was ihm seine Not erklären soll. Da ist das "jüdische Warenhaus", der "rote Konsumverein", dann natürlich der "Marxismus" und schliesslich das "Bonzentum". Die nationalsozialistische Propaganda hat so gewirkt, dass weite Kreise des Mittelstandes dem faulen Zauber wirklich glauben.

Besondere Schreckgespenster für den verarmten Mittelstand sind Warenhaus und Konsumverein. In welchem Zusammenhang stehen aber Warenhäuser und Konsumverein zur Mittelstandsnot? Zahlen müssen das zeigen. Der Gesamtverbrauch der deutschen Bevölkerung betrug im Jahre 1924 = 55,44 Milliarden Mark, 1925 = 60,31 Milliarden, 1926 = 63,19 Milliarden, 1927 = 71,73 Milliarden und im Jahre 1928 = 76,18 Milliarden Mark-. Davon entfielen auf den Einzelhandel, immer nach den amtlichen Zahlen, 1924 = 25,53 Milliarden Mark, 1925 = 30,14 Milliarden Mark, 1926 = 30,32 Milliarden, 1927 = 33,44 Milliarden und 1928 =

34,55 Milliarden Mark, auf die Warenhäuser 1924 = 988 Millionen Mark, 1925 = 1,13 Milliarden Mark, 1926 = 1,14 Milliarden, 1927 = 1,25 Milliarden und schliesslich auf die Konsumvereine 1924 = 704 Millionen Mark, 1925 = 845 Millionen Mark, 1926 = 930 Millionen Mark und 1927 = 1,078 Milliarden Mark.

Der Umsatz aller Beteiligten ist gestiegen, solange sich die Konjunktur nach oben entwickelte. Erst die kapitalistische Krise hat eine Unterbrechung in der Aufwärtsentwicklung gebracht. Der Mittelstand darf hier die Zusammenhänge nicht übersehen: erst die Konsumentennot hat die Mittelstandsnot gebracht und die Mittelstandsnot verschärft. Woher will der Handwerker, der kleine Gewerbetreibende usw. die erhöhten Umsätze und die erhöhten Verdienste nehmen, wenn über 6 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter keine Arbeit und keinen Verdienst haben? Hier liegt der springende Punkt. Wenn 15 Millionen Werktätige in Deutschland auf Unterstützung angewiesen sind, dann kann das nicht spurlos am Handwerk und am Handel vorbeigehen. Die Mittelstandsnot bedeutet nur den verlängerten Arm der Konsumentennot, ist im Grunde genommen Konsumentennot. Nur wenn Arbeiter, Beamte und Angestellte ein erträgliches Einkommen haben, dann geht es auch dem Handwerker und dem Händler wieder gut. Der "kleine Mann" der Handwerker und Händler, gehört zum anderen "kleinen Mann", dem Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wahre Mittelstandspolitik ist also deshalb nur die Politik, die die Kaufkraft der Konsumenten stärkt.

Das ist Aufgabe der viel verlästerten Gewerkschaften und des "verbonzten Marxismus". Die Nationalsozialistische Partei hat sich von den Schwerindustriellen benutzen lassen, um die Löhne abzubauen. Die Kaufkraft der Konsumenten ist dadurch geschwächt worden. Der Schlag hat nicht nur die Arbeiter, die Angestellten und Beamten getroffen, sondern auch den Mittelstand. Unsinnig zu verlangen, dass der Mittelständler, der sich über die Dinge klar ist, nationalsozialistisch wählen kann. Der Mittelstand kann nur leben, wenn der Arbeiter lebt. Deshalb tut er recht, wenn er für die Arbeiterpartei, wenn er am Sonntag für die Sozialdemokraten stimmt.

SPD. In der Kaliindustrie gibt es eine unangenehme Ueberraschung. Einer der drei Riesenkonzerne, der Burbachkonzern in Magdeburg, krankt an kurzfristigen Schulden. Man nennt die Zahl von 60 Millionen Mark. Wie man hört, hat man bereits versucht, im vorigen Jahr über eine neu zu gründende schweizerische Gesellschaft eine englische Anleihe hereinzunehmen. Gegen das Projekt wandte sich aber die Commerz- und Privatbank, bei der Burbach stärker in der Tinte sitzt. Im übrigen kam die Bankenkrise und machte die Anleiheprojekte zu nichts, als die Verträge unterzeichnet werden sollten. Jetzt wird Burbach versuchen müssen, seine Bilanz anderweitig in Ordnung zu bringen. Die Schulden, die zum grössten Teil wohl im Ausland aufgenommen zu sein scheinen, fallen unter das Stillhalteabkommen. Was jedoch nichts daran ändert, dass Ordnung geschaffen werden muss. Wie, das ist Sache des Burbachkonzerns. Wir halten es aber für angebracht, von vornherein zu betonen, dass die Oeffentlichkeit, der man hinsichtlich Subventionen in letzter Zeit ja schon all zu viel zugemutet hat; eine Kalisubvention nicht ertragen würde.

Die Spitzengesellschaft des Burbachkonzerns ist die Burbach Kaliwerke A.G. in Magdeburg. Das Unternehmen ist eine Sammelgesellschaft von 28 früher selbständigen Gesellschaften mit insgesamt 32 Schächten, von denen allerdings weit über die Hälfte stillliegt. Die endgültige Fusion wurde 1929 vollzogen. Der Macher bei diesen Riesentransaktionen war der bekannte Kaliindustrielle Gerhard Korte. Korte hat sich die Bildung seines Riesen trusts ein gutes Stück Geld kosten lassen. Er hat die einzelnen Gesellschaften, in der Zeit der Konjunktur und der ungeheuren Kaligewinne, sehr teuer bezahlt. Leider aber mit kurzfristigen Krediten. Der Konzern musste bereits sein Aktienkapital von

125 Millionen auf 70 Millionen Mark runtersetzen. Gegen die Finanzpolitik Korte hat sich die Kritik sehr oft gewendet. Leider aber nicht mit dem gewünschten Erfolg, wie sich jetzt zeigt. Korte ist der Typ des Industrieautokraten. Er spielt seinem Konzern, wie seine Kollegen in anderen Konzernen, Generaldiktatur. Schliesslich sind bei Burbach Dutzende von Millionen in einem wüsten Kampf um die Vorherrschaft im Kalisyndikat verschwendet worden. Es handelt sich hier um den Kampf zwischen Burbach und dem grössten Kalikonzerne in Deutschland, Wintershall, um einen Kampf zwischen dem Generaldiktatur von Burbach gegen Rosterg, der ungefähr dasselbe bei Wintershall ist. Bei diesem Kampf hat man sich, wie jetzt offenbar wird, sehr tief in die Kosten hineingeritten.

Die Ertragsrechnung für 1930 zeigt bei Burbach noch einen Gewinn von 8,6 Millionen Mark gegenüber 10 Millionen im Jahre 1929 und 16,14 Millionen Mark im Jahre 1928. Die Gewinne, die Burbach für das verflossene Jahr gemacht hat, reichen natürlich nicht aus, um die Bilanz in Ordnung zu bringen. In der Bilanz des Burbachkonzerns für 1931 selbst ist mit dem besten Willen nichts von kurzfristiger Verschuldung in der Höhe, wie sie jetzt bekannt wird, zu entdecken. Die ganze Aktion soll sich über zwei Tochtergesellschaften, die Hauptverwaltung der Burbachkonzern G.m.b.H. und der Gewerkschaft Burbach in Beendorf abgewickelt haben. Auf jeden Fall wurde sie so verschleiert abgewickelt, dass die Mitwelt erst jetzt mit Staunen erfährt, was sie wohl seit langem ahnte, aber nicht wusste.

Der Fall Burbach ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit einer wirklichen Kontrolle unserer grossen Aktiengesellschaften.

-----

SPD. Die Deutsche Treuhandgesellschaft für Warenverkehr legt jetzt den fünften Bericht im Lahusenkonkurs vor. Danach betrugen die Aktiven Ende 1931 im Nordwollekonzern rund 33,6 Millionen Mark, die Passiven dagegen über 219 Millionen Mark. So sieht also die Vermögenslage des Lahusenkonzerns aus, der nach den Lügen der nationalsozialistischen Presse hätte gerettet werden können, wenn das Reich Subventionen zur Verfügung gestellt hätte. Der Staat hätte dann Geld für die Familie Lahusen herausgeworfen.

Der fünfte Bericht der Treuhandgesellschaft verweist vor allem darauf, wie der Nordwollekonzern durch die Gebrüder Lahusen, die Hitler sehr reichlich unterstützten, ausgesäubert worden ist. Ueber die berühmten Konten "Taube" und "Brüder Lahuseneffekten" bei der Ultramarine gingen nicht die Geschäfte des Konzerns, sondern die Geschäfte der Gebrüder Lahusen. Die Verbuchung ist so kompliziert, so wird im Bericht bemerkt, dass man den Machenschaften heute noch nicht endgültig auf die Spur gekommen ist. Die Revisionsgesellschaft stellt fest, dass die Forderungen aus den erwähnten Konten gegen den Nordwollekonzern zu Unrecht erhoben worden sind. Es handelt sich hier um Forderungen an die Familie Lahusen.

-----

SPD. Das unter Führung der Lee Higginson-Bank stehende Konsortium hat den an das Deutsche Reich gewährten Ueberbrückungskredit in Höhe von 125 Millionen Dollar, der im November fällig werden sollte, bis zum November 1933 zu einem Zinssatz von 6 Prozent verlängert. Erstmals ist im Juli 1932 eine Tilgungsrate von 15,5 Millionen Dollar zu entrichten.

-----

SPD. Die Gesfürel-Loewe hat das Krisenjahr 1931 äusserst gut überstanden. Die Erträge verminderten sich von 14,7 auf 10,7 Millionen Mark. Der Reingewinn ging von 8,5 auf 4,2 Millionen Mark zurück. Die Dividende wird von 9 auf 4 Prozent runtergesetzt. Trotzdem die Gesfürel-Löwe ihre Beteiligungen erweitert hat, wird das Konto Effekten und Beteiligungen nur mit 108,5 Millionen Mark angegeben gegenüber 123 Millionen Mark im Vorjahre. Man ist hier also äusserst vorsichtig gewesen und hat beträchtliche stille Reserven gemacht.

SPD. Ein klassisches Beispiel für die Folgen der in den Konjunkturjahren vorgenommenen Überinvestitionen ist der Abschluss des Vereins für Zellstoffindustrie A.-G. in Berlin. Das Unternehmen verteilte noch im vorigen Jahr eine Dividende von 6 Prozent. Für das verflossene Jahr muss ein Verlust von über 1,6 Millionen Mark ausgewiesen werden. Der Verein für Zellstoffindustrie A.G. übernahm, angelockt durch die gute Konjunktur, die Kostheimer Cellulose- und Papierfabriken A.-G. und baute das Unternehmen aus. Es zeigt sich jetzt, dass der Übernahmepreis viel zu hoch gewesen ist. In die Bilanz wird ein Posten von 3 Millionen Mark unter dem Stichwort "Geschäfts- und Firmenwert Kostheim" eingesetzt, der im Laufe der nächsten Jahre getilgt werden soll. Die Bilanz ist äusserst angespannt. Die Produktion in den alten Betrieben ging von 39 Millionen Kilogramm Zellstoff im Jahre 1930 auf 29 Millionen kg im Jahre 1931 zurück. Die Papierproduktion verringerte sich in derselben Zeit von 12 auf 11 Millionen kg. In den Kostheimer Anlagen wurden 34 Millionen kg Zellstoff und 16 Millionen kg Papier erzeugt.

SPD. Die Bank von England hat ihren Diskontsatz um 0,5 Prozent auf 3 Prozent gesenkt, womit der englische Diskont auf den Stand vom Frühsommer 1930 zu liegen kommt.

#### Buttermarkt.

SPD. Amtliche Berliner Butterpreise vom 21. April. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 113, II. 106, abfallende Ware 96 RM. Tendenz: leicht ruhig.

#### Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse 1,60 bis 1,70, rote 1,70 - 1,90, Odenwälder Blaue 2,20 bis 2,40, andere Gelbfleischige (ausser Nicren) 2,40 bis 2,60. Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 8,50 bis 9 Pfg.

Rückläufig.

(Berliner Getreidebörse vom 21. April.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Donnerstag insbesondere für Weizen nicht einheitlich. Bei der Eröffnung lag Weizen weiter gedrückt. Die Anfangsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte wiesen Preisrückgänge von 1 bis 2 Mark aus. Auch am Promptmarkt war das Angebot aus Schlesien und Norddeutschland grösser geworden. Bei mangelnder Kauflust der Mühlen liess sich nicht die gleichen Preise wie am Vortage erzielen. Gegen Schluss der Börse machten sich indessen grössere Käufe bemerkbar, sodass die Endnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte wieder erheblich höher lauteten und am Promptmarkt sogar ein Preisgewinn von 1 Mark je Tonne notiert werden konnte. Roggen blieb weiter ohne jede Beachtung. Die Notierungen lauteten allgemein unverändert. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Bewegung. Im Gegenteil war das Geschäft weiter ausserordentlich schwierig. Weizenmehl wurde teilweise von den Mühlen zu etwas entgegenkommenderen Preisen angeboten. Hafer lag gleichfalls unter Druck infolge stärkeren Angebots von Futterweizen, sodass das vorhandene Material nicht immer glatt abgesetzt werden konnte. Auch Futtergerste fand wenig Interesse; dagegen zeigte sich einige Kaufneigung für Industrie- und feinere Brauqualitäten.

	20. April	21. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	260 - 262	261 - 263
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	190 - 195	190 - 195
Futter- und Industriergerste	180 - 190	180 - 190
Hafer	159 - 164	158 - 165
Weizenmehl	31,75 - 35,25	31,75 - 35,25
Roggenmehl	26,25 - 27,75	26,25 - 27,75
Weizenkleie	11,60 - 11,85	11,60 - 11,85
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,25 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai  $270\frac{3}{4}$ - $272\frac{1}{2}$  (Vortag  $272\frac{1}{2}$ ), Juli  $274\frac{1}{2}$ - $276\frac{1}{2}$  (277), September  $225$ - $225\frac{1}{4}$  (226), Roggen Mai  $195\frac{1}{4}$ - $195\frac{1}{2}$  ( $195\frac{1}{2}$ ), Juli  $197\frac{1}{2}$  ( $197\frac{1}{2}$ ), September 186 (186) Hafer Mai  $169\frac{1}{2}$ -171 ( $170\frac{1}{4}$ ), Juli  $176$ - $177\frac{1}{2}$  ( $176\frac{3}{4}$ ).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 21. April. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 6,75, über 60 gr 6, über 53 gr 5,50, über 48 gr 5, frische Eier über 53 gr 5,25, aussortierte, kleine und Schmutzeier 4,50. B. Ausländseier: Dänen 18er 6,50, 17er 6,  $15\frac{1}{2}$ -16er 5,25-5,50, leichtere 4,50-5, Holländer 68 gr 6,75, 60-62 gr 6, 57-58 gr 5,50, Bulgaren 5, Rumänen 4,50-4,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 4 - 4,25. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön, Tendenz: still.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 31.

Berlin, den 21. April 1932.

## Fürsorgeerziehung in Preussen.

SPD. Eine der wenigen Fürsorgeaufgaben, die in Preussen dem Lande selbst und nicht den Gemeinden obliegen, ist die Fürsorgeerziehung. Sie ist nach dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz bei der Familienerziehung bis zum Aufhören der Schulpflicht in bekenntnisgleichen Familien, im Falle der Anstaltserziehung soweit möglich - in einer bekenntnisgleichen Anstalt durchzuführen, also konfessionell aufgespalten. Die preussische Gesetzgebung hat die Fürsorgeerziehung den Provinzialausschüssen und in Berlin dem Magistrat als staatliche Auftragsangelegenheit überwiesen. Die Provinzen und der Magistrat Berlin haben die Fürsorgeerziehung teils in eigenen Anstalten, öfter aber in Anstalten der freien Wohlfahrtspflege und, da das R.J.W.G. Konfessionsgleichheit vorschreibt, überwiegend in Anstalten der konfessionellen freien Wohlfahrtsverbände durchgeführt.

Im Laufe der vergangenen Jahre haben sich mehrfach Katastrophen in den Fürsorgeerziehungsanstalten ereignet, Verprügelung der Zöglinge und Unruhen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist diesen Katastrophen nachgegangen und hat z.B. die Vorgänge in der evangelischen Anstalt Rickling aufgeklärt. Die Ursachen der Anstaltskatastrophen waren bald klar. Die meisten Anstalten hatten grosse Schwierigkeiten mit den älteren Grosstadtjungen, denn ihre Erzieher waren oft kaum mit dem Leben dieser Jungen in der Grosstadt und ihren Anschauungen bekannt. Die Erzieher hatten zum Teil überhaupt noch nichts von moderner Pädagogik gehört und glaubten, mit Gewalt und Härte vorgehen zu können. Vielfach hatten die Anstalten nur landwirtschaftliche Berufsbildungseinrichtungen, die für die grosstädtischen Jungen ungeeignet sind. Sehr oft waren auch die Jungen von den Kommunisten aufgehetzt worden. Es gab in einer Reihe von Anstalten kommunistische Fraktionen, die von den Kommunisten mit hetzerischen Flugblättern versehen wurden. In diesen Flugblättern ist den Erziehern mit Abrechnung gedroht worden; ja, einmal hiess es sogar: "Messer warten schon auf Blut". Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat die kommunistische Hetzparole in den Anstalten bekanntgegeben und verurteilt. Welchen Tiefstand der Moral zeigt die kommunistische Partei, wenn sie die zum Teil verwahrlosten, psychisch defekten und oft auch schwachsinnigen Zöglinge zu Revolten vorschickt, die zusammenbrechen und dann die Zöglinge ins Unglück bringen müssen! Zum Teil sind die revoltierenden Zöglinge unfähigen Erziehern begegnet, die die Revolten blutig niedergeschlagen haben; zum Teil sind sie hart bestraft worden.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich um eine Reform der Fürsorgeerziehung bemüht. Sie hat zunächst versucht, die Fürsorgeerziehung mit der übrigen Jugendwohlfahrtspflege, von der sie abgetrennt ist, zu vereinigen und sie den Jugendämtern zu übertragen. Dadurch wäre es möglich gewesen, den Zöglingen den ihnen anhaftenden Makel der Fürsorgeerziehung zu nehmen, und ihnen die fortschrittlichen Einrichtungen der Jugendämter zugute kommen zu lassen. Nachdem die bürgerlichen Parteien diesen Antrag abgelehnt hatten, gingen wir Sozialdemokraten an Verbesserung der Fürsorgeerziehung in ihrer heutigen Form. Wir haben die Misstände in der Fürsorgeerziehung rücksichtslos öffentlich kritisiert und damit eine Wandlung der öffentlichen Stimmung erreicht. Auch die Träger der Fürsorgeerziehung haben wir endlich den erzieherischen

Reformen gegenüber günstiger gestimmt. So haben wir zunächst erreicht, dass der Wohlfahrtsminister ein Prügelverbot für die Anstalten erliess und den Zöglingen ein Beschwerderecht einräumte. Wir haben dann gemeinsam mit den beiden anderen Regierungsparteien einen Antrag eingebracht, in dem wir gefordert haben,

dass den Vormundschaftsgerichten empfohlen wird, den Minderjährigen und seine Eltern oder seinen gesetzlichen Vertreter über die Rechtsmittel zu belehren, die ihm gegen die Anordnung der Fürsorgeerziehung zustehen,

bei den Fürsorgeerziehungsbehörden dahin zu wirken, dass die Arbeitszeit der Fürsorgezöglinge entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und da, wo, wie bei Landwirtschaft und Hausarbeit, keine Bestimmungen bestehen, nach den Erfordernissen der körperlichen Entwicklung geregelt wird,

dass in den Heimen die Bildung von Gruppen der Heiminsassen durchgeführt wird,

dass die Schweigegebote, Änderung der Haartracht und Kleidung als Strafmittel aufgehoben werden,

dass der Dunkelarrest verboten wird,

dass ferner alle zwei Jahre die Aufhebung der Fürsorgeerziehung von den Fürsorgeerziehungsbehörden nachgeprüft und die Zusammenarbeit zwischen Fürsorgeerziehungsbehörde und Jugendamt baldmöglichst geregelt wird. -

Diesen Wünschen ist der Wohlfahrtsminister nachgekommen. Entsprechende Erlasse sind ergangen. Wir haben weiter verlangt, dass die Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen gefördert wird, was das Wohlfahrtsministerium jetzt vorbereitet.

Unsre Reformarbeiten sind noch keineswegs abgeschlossen. Aber wir haben bereits in den Fürsorgeerziehungsheimen einen Willen zur Besserung erreicht. Der Faschismus würde das alles vernichten und den Geist zurückrufen, der mit Prügeln und Unterdrückungsmassnahmen vergebens zu erziehen versucht. Er will die Zöglinge zu ergebenen Gutsknechten des Grossgrundbesitzes machen. Die Kommunisten verstehen nichts als zu hetzen. Erziehen können sie nicht.

Wer Reformen auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung will, wer als Ziel der Erziehung die Wiedereinreihung des Zöglings in das soziale Leben sieht, der wähle am 24. April sozialdemokratisch!

Hedwig Wachenheim.

-----  
Wir wandern in den Mai!<sup>x</sup>  
-----

SPD. Im kahlen Walde gingen wir noch vor wenigen Wochen. Gingen auf kalten, eisbedeckten Wegen. Gingen jagend durch den feuchten Tag. Hatten kein Auge für Himmel und Bäume. Alles war verhängt und grau.

Und nun? Wann kam das Wunder? Kam es in voriger Nacht oder in der vorigen? Haben wir geschlafen, während es am Werke war? Der Wald prangt in grüner Pracht, die Bäume haben dicke Knospen, einige Zweige blühen schon, Blumen sprossen aus dem Erdreich, Moss grünt, Ameisen bauen ihre Hügel höher, sie wimmeln in unendlichen Scharen, Vögel rufen sich quer über die Lichtung, der Bach strudelt befreit, der weitgestreckte See, noch kürzlich von frierenden schwarzen Wasserhühnern bevölkert, die auf dem Eise vergebens ein Trinkloch suchten, leuchtet still und gross.

Kommt alle mit! Wir wandern den See entlang. Wir singen ein Wanderlied. Wir haben Lauten und Mandolinen mit; die lassen wir erklingen. Drüben auf der Seeinsel streicht ein dünner Rauch über den Himmel. Sie arbeiten wieder in der Ziegelei, die den Winter hindurch still stand. Wir singen.

Ein brauner Dackel läuft neben uns her. Ueber ihm fliegt ein gelber Zitronenfalter. Der Dackel springt hoch, schnappt nach dem luftigen Ding. Der

Schmetterling entfliegt ihm. Er zieht einen hohen Bogen zur nächsten Blume. Der Hund sucht ihn wieder zu haschen. Vergebens. Der Falter ist schneller als er.

Wir marschieren, schlagen die Saiten und singen.

Ein Fuhrwerk kommt die Strasse herauf, uns entgegen. Der Kutschbock ist mit grünen Birkenreisern geschmückt. Ein bärtiger Bauer mit glimmender Pfeife fährt eine lustige Fracht: fünf dralle Dirnen, Spargelstecherinnen, die zur Arbeit fahren. Die Körbe sind ineinander geschichtet; die Messer zum Spargelstechen blitzen im obersten Korbe. Die Mädels haben rote und grüne Kleider, Tücher um die Brust und grosse runde Strohhüte. Ihre Beine sind nackt. Die Füße stecken in Holzpantinen. Sie lachen, während wir singend an ihnen vorbeigehen. Einer von uns Kerlen winkt mit der Hand. Sie winken wieder. Der Kutscher dreht sich nicht um. Langsam trottet das Gespann den Waldweg dahin.

Wir singen...

Mittags lagern wir auf einer Höhe. Es ist ein Sandhügel. Vorn stürzt er braun und kiesig ins Moor hinunter. Aber hier oben ist er von uralten Kiefern bedeckt, die mit grünen Flechten und Moosen behangen sind. Dort drüben ist eine Mulde; da liegt ein stiller Weiher. Erlen wachsen da. Ueber den Wald rauscht ein Storchenpaar.

Wir singen nicht mehr. Unser Wanderkessel surrt über dem kleinen Feuer, das wir angezündet haben. Jetzt ist es Zeit, die Mäuler zu füllen.

Nachher lagern wir uns im Kreise und schlafen. Denn wir wollen heute Abend, wenn der Mond aufgeht, durch den endlosen grünen Maiwald schwärmen. Bei Sternenlicht und Lautenklang - das wird eine Nacht voll inniger Freude sein!

O, wie duften die Wacholderbüsche!

Walter Meckauer.

-----  
Adele Schreiber 60 Jahre.<sup>x</sup>  
-----

SPD. "Wie fandest Du sie?" fragte ich vor kurzem eine junge Freundin, die ich zu Adele Schreiber in den Reichstag geschickt hatte. "Klug und gütig", lautete das Urteil, das sich das Mädchen rasch gebildet hatte, wie die Jugend das so gern zu tun pflegt. Sie hatte recht, und das Urteil ist umso überraschender, als Klugheit und Güte Eigenschaftensind, die keineswegs in der Regel Hand in Hand zu gehen pflegen. Geschieht es aber, so gibt es "einen guten Klang", aus dem sich die Wirkung dieser Frau erklärt.

Wer Adele Schreiber in den letzten Monaten in Versammlungen sah und hörte, der fragte sich wohl auch, wie alt sie sein mochte. Das dicke schlohweisse Haar konnte zu keiner ganz Jungen gehören. Darunter aber leuchteten die dunklen, lebendigen Augen doppelt jung. Jung wirkt auch die temperamentvolle Art ihres Vortrags, das sonore, einschmeichelnde Organ. Darum werden manche erstaunt sein, wenn sie erfahren, dass Adele Schreiber schon 60 Jahre alt ist. Solch ein Zeitabschnitt weckt auch den Wunsch, etwas zu erfahren über den Lebensweg, das Wesen und Wirken dieser Frau, die gefeiert wird, weil sie Ausserordentliches geleistet hat, deren Bedeutung hinausgeht über den Rahmen der Partei, und deren Namen schon einen guten Klang hatte, bevor sie sich der Sozialdemokratie anschloss.

Adele Schreibers Vater war ein bekannter österreichischer Arzt in Alt-Aussee im steirischen Salzkammergut. Wie bei so vielen Töchtern aus bürgerlichen Kreisen jener Zeit wurde das Interesse des jungen Mädchens durch Bebels Buch "Die Frau und der Sozialismus" für soziale wie für Frauenfragen geweckt. Das regte sie an, sich auch mit andern sozialistischen Schriften, vor allem mit den Artikeln der "Neuen Zeit" und der "Gleichheit", zu beschäftigen.

Heimlich ging sie auch in sozialistische Versammlungen. Zunächst vertiefte sie sich stärker in die Fragen, die die Stellung der Frau im Staate betrafen. Ueber diese Fragen sprach sie sowohl in den Kreisen der Arbeiterschaft wie der bürgerlichen Frauenbewegung. Ihre Forderungen fasste sie in die Worte zusammen: "Nicht dienen, sondern fordern lerne das Weib für sich und ihre Kinder." In der Frauenbewegung kämpfte sie stets auf dem äussersten linken Flügel, besonders für Frauenstimmrecht, für Mutter- und Kinderschutz, für Arbeiterschutz. Ihr Wissen bereicherte und vertiefte sie als Hospitantin an der Berliner Universität zu einer Zeit, als dort Frauen als examensberechtigte Studentinnen noch nicht zugelassen waren. Was sie besonders auszeichnet, ist ihr grosses Sprachtalent. Sie spricht englisch und französisch wie ihre eigene Muttersprache. Das ermöglichte ihr ihre umfassende internationale Arbeit. So wurde sie rasch führend in grossen Organisationen, nahm als Delegierte und Rednerin teil an den grossen internationalen Frauenkongressen und ist als Rednerin bekannt in fast allen europäischen Ländern wie auch in Amerika. Seit einigen Jahren ist Adele Schreiber erste Vizepräsidentin des 46 Länder umfassenden "Weltbundes für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit".

Hatte Adele Schreiber, die sich mit dem Arzte Dr. Krieger verheiratete, sich schon lange mit den grossen sozialen Problemen der Zeit beschäftigt, so führte ihr Weg sie folgerichtig zu der Partei, die den Kampf für die Lösung dieser Probleme auf politischer Basis führt: zur Sozialdemokratie. Hier erkannte man rasch die Bedeutung dieser Frau und ehrte sie durch Uebertragung eines Reichstagsmandates, das sie seit 1920 mit einer Unterbrechung ausübt. Während einer Session war sie Vorsitzende des bevölkerungspolitischen Ausschusses.

Adele Schreiber hat auch eine reiche schriftstellerische Tätigkeit entfaltet. Neben der Mitarbeit an vielen Zeitungen veröffentlichte oder gab sie eine Reihe von Büchern heraus. Unter anderem: "Das Buch vom Kinde" (Sammelwerk für alle Fragen des Kindes), "Mutterschaft" (Sammelwerk für alle Probleme der Mutterschaft), "Das Reich des Kindes" (Sammelwerk), "Jahreskalender Mutter und Kind" (6 Jahrgänge), "Kinderrecht und Prostitution", "Prügelkinder" "Die Frau in der Reichsversicherung". In dem bei Kaden und Co. in Dresden erschienenen Werke von Anna Blös "Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus" hat Adele Schreiber den Abschnitt "Die Arbeiterin als Staatsbürgerin" aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung besonders interessant geschrieben.

Ein arbeitsreiches und erfolgreiches Leben liegt hinter Adele Schreiber. Sie gehört zu denen, die führend gewesen sind auf dem Wege der Frau zur Gleichberechtigung. An ihrem 60. Geburtstag werden Frauen aus der ganzen Welt ihrer ehrend und dankend gedenken. Die sozialdemokratische Partei zählt sie mit Stolz zu ihren Besten. Unser aller Wunsch ist, dass diese kluge und gütige Frau sich ihre Geistes- und Tatfrische noch lange Jahre erhalten möge. In diesem Sinne grüssen wir sie zu ihrem 60. Geburtstag am 29. April.

Anna Blös.

---

### Der Blaustrumpf. x

---

SPD. Der Ursprung des bekannten Spottnamens für gelehrte Frauen, die über schöngeistigen Neigungen ihre Hausfrauenpflichten vernachlässigen, ist verhältnismässig noch wenig bekannt. Häufig wird die Herkunft des Wortes falsch angegeben und behauptet, die wissenschaftlich hochgebildeten Damen, die man zuerst so nannte, hätten selbst blaue Strümpfe getragen. Das war jedoch keineswegs der Fall. Ihren Ausgang nahm die Blaustrumpfbewegung von einer Anzahl gelehrter Frauen, die in London im Anfang des 18. Jahrhunderts unter Führung von Lady Montague, einem Mitgliede der hohen Aristokratie, und Miss

Trimmer regelmässig ihre Zusammenkünfte abhielten, zu denen häufig auch Männer geladen wurden. Da die Damen völlig in der Wissenschaft aufgingen, legten sie keinen Wert auf Äusserlichkeiten und setzten sich gleichmütig über das zu jener Zeit besonders strenge gesellschaftliche Zeremoniell hinweg. Sie erlaubten ihren männlichen Gästen, anstatt in dem sonst üblichen Galakleide mit Kniehosen und Seidenstrümpfen in einfacher, bürgerlicher Kleidung, grobem Rock und derben Strümpfen aus blauer Wolle zu erscheinen, wie sie damals von Arbeitern getragen wurden. Den Ausdruck "Blaustrumpf" (blue stocking) soll der niederländische Admiral Boscawen, der während seines Aufenthalts in England als Gast in einem Kreise gelehrter Frauen weilte, zuerst gebraucht haben, als der Pfarrer Benjamin Stillingfleet (gestorben 1721), ein geistvoller Redner, zu der Zusammenkunft in einem einfachen Strassenanzug mit grobem blauen Kniestrümpfen erschien. Der Name "Blaustrumpf" verbreitete sich sehr schnell; er kam auch bald nach Deutschland und Frankreich und wurde das Symbol der zwanglosen gelehrten Versammlungen, welche die emanzipierten Damen veranstalteten. Seine spöttische Bedeutung erhielt der Ausdruck jedoch erst in Laufe der Zeit.

Daneben hatte das Wort in Deutschland noch einen völlig anderen Sinn. Man bezeichnete damit einen Verräter, Verleumder, Spion und gemeinen Aufpasser. Schiller gebraucht den Ausdruck in den "Räubern" (II. Akt 3. Szene), wo vom "höllischen Blaustrumpf" die Rede ist. Jakob Grimm hat für das Wort die folgende Erklärung: es soll damit entweder der Teufel gemeint sein, der plötzlich seinen schwarzen Bocksfuss zeigt, oder ein Stadtdiener (Polizist) mit blauen Strümpfen, wie sie früher in einigen Orten zur Uniform gehörten, bzw. ein Bedienter, der zu seiner Livrée Strümpfe in dieser Farbe tragen musste. Zur Charakterisierung eines heimtückischen, herumspionierenden Menschen wurde das Wort "Blaustrumpf" noch bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein bei uns gebraucht. Heute kennt man nur noch die Bedeutung, die man ihm in England gegeben hat.

Ernst Edgar Reimerdes.

-----  
Phryne vor ihren Richtern.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Schon im Altertum hat das ekelhafte Volk der Denunzianten seine unsaubere Tätigkeit ausgeübt. Ein solcher Gebärdenspäher und Geschichtenträger verdächtigte die griechische Hetäre Phryne der Gottlosigkeit. Der grosse Bildhauer Praxiteles hatte diese Frau von wahrhaft klassischer Schönheit zum Vorbilde seiner Aphrodite-Statue genommen, der sogenannten "Aphrodite von Knidos". Vielleicht hatte Phryne, während sie Modell stand, eine scherzhaft-abfällige Bemerkung über die Göttin gemacht, und da sie von einzigartiger Schönheit war, so betrachtete sie mancher von ihr Abgewiesene mit Missgunst. Natürlich lagen dem Angeber Neid oder Rachsucht ganz fern: ihn trieb allein die reine Verehrung für die Liebesgöttin. "Immer ist es die Religion und immer die Moral und immer der Patriotismus, womit alle schlechten Subjekte ihre Angriffe beschönigen!" hat Heinrich Heine, der es wohl wissen konnte, einmal geäussert.

Phryne stand also eines Tages vor ihren Richtern; neben ihr ihr Verteidiger Hypereides. Ein seltsames Schauspiel! Die schöne Frau in langem Gewande, angeklagt der Lästerung einer Gottheit, die - es gar nicht gab. Zu Fall gebracht durch eine unbedachte Äusserung, die sie sicherlich längst bereute. Genau wie noch heute bei uns. Und doch sind wir im Jahre 360 vor Christus.

Die Sache der Hetäre nimmt eine bedenkliche Wendung. Die Richter schüteln bedrohlich die Köpfe. Da greift der Verteidiger zu einem merkwürdigen Mittel. Er enthüllt vor den Augen der ernstesten Richter den edel geformten

Busen seiner Klientin, und - Phryne ist gerettet.

Wollte der schlaue Hypereides die Richter bestechen? Wollte er ihre Sinne entflammen? Man hat lange an diese Deutung geglaubt. Aber sie ist falsch.

In Griechenland hatte man vor dem schönen Menschenkörper eine Art heiliger Scheu. Vollkommen schöne Menschen betrachtete man mit ähnlicher Andacht, wie man sie den Göttern zollte. Der fromme Grieche verehrte in der Aphrodite, wenn er sich das auch nicht klar machte, den vollkommenen Frauenleib. Dies wusste Hypereides. Und als er den Richtern den wundervollen Leid der Phryne zeigte, da durchschauerte die harten Männer der Gedanke! Das ist ja Aphrodite selbst, die wir dem Tode überliefern wollen. Diesen Frevel konnten sie nicht auf ihr Gewissen laden. Deshalb sprachen sie Phryne frei.

Eine nachdenkliche Geschichte! Der Mensch formt sich aus seinem eigenen Ideal eine Göttin. (So sehen wir den Vorgang seit Ludwig Feuerbach an.) Dieses Spiegelbild seiner selbst betet der Mensch an. Ihm bringt er die höchsten Opfer; wenn nötig, sogar Menschenopfer. Nun begibt sich hier - im Prozess der Phryne - das Seltsame, dass das Spiegelbild das Urbild rettet. Und das ist, wenn man so will, der Humor an dieser Geschichte. K.Q.

---

Der erste Mai.<sup>x</sup>

---

Der erste Mai! Das ist Lenzbeginn,  
Da Saat sich aus der Scholle drängt,  
Da Knospe die hemmende Fülle sprengt,  
Aufwärts zum Lichte strebt alles hin.  
Empor, empor! Der erste Mai!  
Wir machen uns frei!

Der erste Mai! Das ist Feiertag!  
Die Arbeitshand hält heute Rast,  
Sie hat die Hand des Bruders gefasst,  
Die Herzen pochen in gleichem Schlag:  
Empor, empor! Der erste Mai!  
Wir machen uns frei!

Wir sprengen auch, was uns erdrückt,  
Wir heben auch uns aufwärts zum Licht!  
Wir zagen nicht, und wir schwanken nicht,  
Seid eins! Tut ab, was uns zerstückt!  
Empor, empor! Der erste Mai!  
Wir machen uns frei!

Henni Lehmann.

---

SPD. Man muss vornehm sein.<sup>x</sup> Ein Londoner Schauspieler in Westend erhebt entrüstet Protest dagegen, dass Leute in den Theatern in den Logen sitzen, die - sein Protest bezieht sich auf das männliche Geschlecht - keinen schwarzen Rock und kein weisses Oberhemd angelegt haben. Das ist nämlich der offizielle englische Abendanzug der sogenannten "guten Kreise". Wahrscheinlich beflügelt es die Fantasie dieses Schauspielers und hebt seine Darstellung, wenn er so elegant gekleidete Leute vor sich sieht. Für das gewöhnliche Volk, das sich vornehmer Tracht nicht erfreut, also Männer, die keinen schwarzen Rock besitzen, lohnt es sich ihm augenscheinlich nicht, zu spielen.

---